



ARBEITSGEMEINSCHAFT
JUGENDFREIZEITSTÄTTEN
Baden-Württemberg e.V.

landesjugendring

baden-württemberg e.v.

*entdecke
was geht*

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2011

Inhalt

Vorwort	– 3
1 Die SpitzenkandidatInnen	– 4
2 Hinweise und Infos	– 7
3 Wahlprüfsteine	
→ Kinder- und Jugendpolitik	_ 8
→ Demografische Entwicklung	_ 11
→ Kinder- und Jugendarbeit	_ 14
→ Medienpädagogik	_ 17
→ Kooperation Jugendarbeit und Schule	_ 20
→ Ehrenamtliches Engagement	_ 23
→ Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	_ 27
→ Ausbildung und Arbeit	_ 31
→ Migration	_ 36
→ Zukunftsfähigkeit	_ 39

Impressum

Herausgeber

Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart
Telefon 0711 16447-0, Fax 0711 16447-77
E-Mail: info@lrbw.de, Homepage: www.lrbw.de

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten
Baden-Württemberg e.V. (AGJF)
Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart
Telefon 0711 896915-0, Fax 0711 896915-88
E-Mail: info@agjf.de, Homepage: www.agjf.de

Redaktion

V.i.S.d.P.: Isabel Hoever (Vorsitzende LJR)
Renate Schmetz (Vorsitzende AGJF)

Gestaltung: Gabriele Schmidt, Freiburg

Druck: Laubengaier, Leinfelden

Auflage: 3.000 Exemplare

Stuttgart, März 2011

Vorwort

Wahlprüfsteine – Landtagswahl 2011

Die anstehende Wahl in Baden-Württemberg

Am 27. März ist Landtagswahl in Baden-Württemberg. Diese Wahl ist für die Kinder- und Jugendarbeit in zweifacher Hinsicht wichtig:

- ➔ Beim Wählen halten sich die jungen Menschen eher zurück – die Wahlbeteiligung ist unter Jung- und ErstwählerInnen besonders niedrig. Ein bedenklicher Trend für unser demokratisches Gemeinwesen. Die Kinder- und Jugendarbeit versucht junge Menschen zu informieren, Interesse für die Wahlen zu wecken und zum Wählen zu motivieren.
- ➔ Die Kinder- und Jugendarbeit ist in hohem Maße von der Landespolitik abhängig – hier werden Rahmenbedingungen gesteckt, und ein Teil der Gelder, die in die Kinder- und Jugendarbeit fließen, wird hier verteilt. Interessierte WählerInnen fragen: Welche Partei setzt sich wie für die Kinder- und Jugendarbeit ein?

Die Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit haben für die Landtagswahl daher mehrere Angebote entwickelt. Orientierung zu Parteien und Positionen bieten die hier vorliegenden Wahlprüfsteine. Informationen zu weiteren Aktivitäten der politischen Bildung des LJR und der AGJF im Vorfeld der Landtagswahl gibt es unter

- ➔ www.waehl-bar.de und
- ➔ www.jugendwahl-bw.de.

Prüfsteine für die Wahl zu jugendpolitischen Themen

Welche Partei steht für welche Inhalte? Wo finde ich mich mit meinen Auffassungen am ehesten wieder? Die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) und der Landesjugendring (LJR) haben den im Landtag von Baden-Württemberg und im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu ausgewählten Themen Fragen gestellt. Wir haben die Bereiche ausgewählt, an denen wir auf Landesebene „dran“ sind, die uns Jugendorganisationen unter den Nägeln brennen und bei denen wir uns in nächster Zeit Unterstützung von den Parteien und der Regierung erhoffen.

Die Zusammenstellung ihrer Antworten hier in diesem Heft soll die Auseinandersetzung mit den jugendpolitischen Positionen der Parteien fördern.

Diese Themen sind nicht für alle in der Kinder- und Jugendarbeit gleichermaßen wichtig. Die Wahlprüfsteine wollen auch Anregung sein, selbst zu gewichten und Fragen zu formulieren und diese den Wahlkreis kandidatInnen im Land zu stellen.

Auf jeden Fall lohnt es sich, den PolitikerInnen mal auf den Zahn zu fühlen und ihnen zu verdeutlichen: am Thema Jugendpolitik kommt die Politik auch bei dieser Landtagswahl nicht vorbei.

1

Die SpitzenkandidatInnen

CDU

Stefan Mappus
Ministerpräsident von
Baden-Württemberg
(CDU), Landesvor-
sitzender der CDU
Baden-Württemberg



Stefan Mappus wurde am 4. April 1966 in Pforzheim geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Söhne.

Nach dem Abitur beginnt Stefan Mappus zunächst eine Ausbildung zum Industriekaufmann in Pforzheim, die er 1987 abschließt. 1988 beginnt er sein Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hohenheim. Nach seinem Abschluss 1993 ist er als Assistent am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft der Universität Hohenheim tätig. Zwischen 1995 und 1998 arbeitet Mappus bei der Siemens AG in Stuttgart im Bereich Vertrieb von Telekommunikationsanlagen.

Politische Karriere: 1983 tritt Stefan Mappus in die Junge Union ein. Zwischen 1988 und 1990 ist er Kreisvorsitzender der Jungen Union Enzheim/Pforzheim und von 1989 bis 1995 Mitglied des Gemeinderats Mühlacker. 1989 wird Mappus zudem Mitglied des Landesvorstands der Jungen Union Baden-Württemberg. Zwischen 1993 und 1995 ist er Ortsverbandsvorsitzender der CDU Enzberg und seit 1994 Kreisvorsitzender der CDU Enzkreis/Pforzheim. 1996 wird er in

den baden-württembergischen Landtag gewählt. Von 1998 bis 2004 hat er das Amt des Staatssekretärs inne und 2004 bis 2005 leitet er das Ministerium für Umwelt und Verkehr.

Zwischen 2005 und 2010 ist Stefan Mappus Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg und von 2005 bis 2009 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg. Im November 2009 wird Stefan Mappus zum Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg gewählt. Nach der Ernennung seines Vorgängers Günther Oettinger zum EU-Kommissar wird Stefan Mappus am 10. Februar 2010 der neue Regierungschef Baden-Württembergs, sein Amt als Fraktionsvorsitzender der CDU geht an Peter Hauk.

Quelle:

www.landtagwahl-bw.de/spitzenkandidaten

SPD

Dr. Nils Schmid
Landesvorsitzender
der SPD Baden-
Württemberg



Der Jurist wurde am 11. Juli 1973 in Trier geboren. Nach dem Abitur 1993 in Filderstadt und seinem Zivildienst absolvierte Nils Schmid ein Studium der Rechtswissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, welches er 1999 mit dem Ersten juristischen Staatsexamen beendete. Das anschließende Referendariat beendete er 2001 mit dem Zweiten juristischen Staatsexamen. Seitdem ist er als Rechtsanwalt zugelassen. 2006 schloss er seine Promotion am Lehrstuhl von Ferdinand Kirchhof ab. Schmid ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Seit 1991 ist er Mitglied der SPD. Seit 1993 gehört er dem SPD-Kreisvorstand Esslingen an und ist seit 1999 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Nürtingen. Seit 1997 gehört Schmid dem Landtag von Baden-Württemberg an und ist seit Juni 2001 finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Nach dem erneuten Einzug in den Landtag 2006, rückte er zum stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion auf.

Nils Schmid war neben Claus Schmiedel und Hilde Mattheis einer von drei Kandidaten für die Nachfolge von Ute Vogt als Vorsitzender des SPD-Landesverbands. Auf dem Landesparteitag der SPD in Karlsruhe am 27. November 2009 wurde er mit 265 von 299 Stimmen der Delegierten zum Landesvorsitzenden gewählt. Am 16. Oktober 2010 wählte die SPD Baden-Württemberg ihn auf dem Landesparteitag in Ulm mit 92% als Spitzenkandidat für den Landtagswahlkampf 2011.

Quelle:

www.landtagswahl-bw.de/spitzenkandidaten

FDP/DVP

Prof. Dr. Ulrich Goll
Justizminister und
stellvertretender
Ministerpräsident von
Baden-Württemberg,
stellv. Landesvor-
sitzender der FDP



Der Justizminister wurde am 2. Mai 1950 in Überlingen geboren. Nach dem Abitur studierte Ulrich Goll Rechtswissenschaft in Freiburg und Konstanz. Goll ist in zweiter Ehe verheiratet und hat vier Kinder.

1977 – 1979 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz, Promotion auf dem Gebiet des Arbeitsrechts. 1979 – 1982 arbeitete er in der Innenverwaltung des Landes Baden-Württemberg als Dezernent im Landratsamt Bodenseekreis für Recht und Ordnung. Von 1984 – 1995 war er Gemeinderat in Salem. Im Alter von 32 Jahren wurde er zum Professor an der Fachhochschule Weingarten ernannt, wo er vor allem in der Ausbildung von Sozialarbeitern tätig war. 1988 – 1992 wurde Goll in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Er wurde stellvertretender Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion. 1992 – 1995 wurde er Mitglied des Landesmedienrats. 1995 – Juni 1996 arbeitete er als Personalleiter beim Südwestfunk Baden-Baden.

Von Juni 1996 – Dezember 2002 und seit Juli 2004 ist er Justizminister des Landes Baden-Württemberg. Seit Juni 2005 ist er stellvertretender Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg.

Quelle:

www.landtagswahl-bw.de/spitzenkandidaten

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Winfried Kretschmann
Fraktionsvorsitzender
von Bündnis 90/
Die Grünen



Der Gymnasiallehrer wurde am 17. Mai 1948 in Spaichingen geboren. Nach dem Abitur studierte er Naturwissenschaften an der Universität Hohenheim. Nach dem Staatsexamen nahm er das Lehramt an Gymnasien in Stuttgart und Esslingen auf. Kretschmann ist verheiratet und hat drei Kinder.

1980 – 1984 gehörte Kretschmann der ersten grünen Landtagsfraktion an. 1982 bis 1984 war er Mitglied des Esslinger Kreistags. 1983/84 Sprecher der Grünen im Landtag. 1986/87 wurde er Grundsatzreferent im Hessischen Ministerium für Umwelt und Energie. Von 1988 bis 1992 und wieder seit 1996 gehört er dem Landtag von Baden-Württemberg an. Seit Juni 2002 ist er Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg. Seine Themen sind, neben der Ökologie, Europa, Religionsgemeinschaften und alle Grundsatzfragen der Demokratie.

Quelle:
www.landtagswahl-bw.de/spitzenkandidaten

DIE LINKE

Marta Aparicio



Geboren in Buenos Aires/Argentinien, 59 Jahre alt. Politikwissenschaftlerin und Ethnologin, seit 1994 Fachbereichsleiterin an der Volkshochschule Stuttgart mit den Schwerpunkten Bildung und Arbeit für Frauen und Jugendliche.

Sie lebt und arbeitet seit 27 Jahren in Stuttgart und hat zwei erwachsene Töchter. Lange Zeit war sie beim Internationalen Kolpingwerk als Referentin für Entwicklungsfragen tätig. Frauenrechte, Minderheiten, Migration, Arbeit und Armut waren und sind ihre beruflichen Arbeitsfelder. Sie ist Mitbegründerin der Kampagne „Schluss mit Gewalt und Diskriminierung an Frauen“ und war Mitglied der Fachkommission „Frauenhandel“ im Sozialministerium Baden-Württemberg und des Internationalen Ausschusses des Gemeinderats Stuttgart. Seit Gründung der Partei DIE LINKE ist sie dabei und arbeitet im Kreis- und Landesvorstand sowie in der LAG Frauen mit. Seit ihrer Jugend ist sie aktiv gegen jegliche Form von autoritären Regimes, Repression und Ungerechtigkeit.

Quelle: <http://dielinke-in-den-landtag.de>

2

Hinweise und Infos

Die Parteien im Netz:



CDU:
www.cdu-bw.de



SPD:
www.spd-bw.de



FDP/DVP:
www.fdp-bw.de



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
www.gruene-bw.de



DIE LINKE:
www.die-linke-bw.de

Weitere Infos:

Weitere Infos zur Landtagswahl 2011 gibt es auf der Seite der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: www.landtagswahl-bw.de

3

Wahlprüfsteine

Die Fragen wurden im Dezember 2010 an die Parteien gesendet. Die Antworten gingen im Januar und Februar 2011 ein. Sie werden hier ungekürzt wiedergegeben. Für die Inhalte ist die jeweilige Partei verantwortlich.

Kinder- und Jugendpolitik

? Wenn Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode an der Regierung beteiligt wäre: Welche drei Maßnahmen würden Sie als erstes treffen, um eine zukunftsorientierte und nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik zu gestalten?

CDU

1. Im Rahmen der Einrichtung von Ganztagschulen ist uns die Integration von Vereinen, Verbänden, Kirchen, Eltern und Bürgern in die Schulen wichtig. Mit den ehrenamtlichen Jugendbegleitern hat die CDU-geführte Landesregierung eine tragende Säule der außerunterrichtlichen Bildung geschaffen: Bereits im dritten Modelljahr waren an über 1.000 Schulen 15.000 Jugendbegleiter im Einsatz. Diese Erfolgsgeschichte werden wir weiter-schreiben.
2. Wir haushalten solide und investieren klug. In den kommenden Jahren wollen wir weiter sparen und klare Prioritäten setzen. Wir werden die hohen Personalausgaben des Landes im Auge behalten, aber zukunftsweisende Projekte nicht beschneiden. Bei Bildung und Forschung wird nicht gespart. Die Köpfe der Menschen sind die einzigen „Rohstoffe“ unseres Landes. Diesen Schatz wollen wir pflegen.

3. Vor allem vier Wirtschaftsbereiche versprechen nachhaltige Wachstumschancen: Nachhaltige Mobilität und automobile Zukunft, Umwelttechnik und Ressourceneffizienz, IT-Systeme und -Dienstleistungen sowie Gesundheit und Pflege. Wir werden dieses Potenzial nutzen, damit bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts 500.000 neue Arbeitsplätze in Baden-Württemberg entstehen können.

SPD

Ziel aller Bemühungen in der Kinder- und Jugendpolitik muss es sein, Kindern und Jugendlichen gute Zukunftschancen zu eröffnen. Jugendpolitik darf aber nicht nur Politik für junge Menschen sein – sie muss stets Politik mit jungen Menschen sein.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss in allen Lebensbereichen stärker und spürbar verankert werden. Für die SPD sind folgende drei Maßnahmen erste

Schritte zu einer zukunftsweisenden Kinder- und Jugendpolitik:

- Die SPD will die Gemeindeordnung ändern, um die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu erweitern und verbindlich zu verankern.
- Die SPD wird das von Prof. Thomas Rauschenbach vorgelegte Gutachten „Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg“ gemeinsam mit allen Beteiligten breit diskutieren und zur Grundlage für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit machen.
- Die SPD wird die auf verschiedene Ministerien verteilten jugendpolitischen Kompetenzen und Strukturen zusammenführen und damit die bisherige Zersplitterung beenden.



Jedem jungen Menschen die bestmögliche individuelle Förderung zukommen zu lassen, ist ein wesentliches Anliegen liberaler Landespolitik auch in der kommenden Legislaturperiode. Der Erhalt des differenzierten und vielfältigen Bildungswesens in Baden-Württemberg, die Sicherung und die Verbesserung der Durchlässigkeit innerhalb dieses Bildungswesens sind hierfür eine notwendige Voraussetzung. Auch das Ganztagesangebot muss zügig und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Vielfalt im Bildungswesen kann nur entstehen, wenn die Bildungseinrichtungen eigenständig handeln können. Deshalb setzt sich die FDP dafür ein, dass unsere Schulen in ihrer Eigenständigkeit gestärkt werden und ihnen ein Höchstmaß an Entscheidungskompetenz vor allem in Fragen ihres Budgets, ihres Personals und ihrer inhaltlichen wie pädagogischen Ausrichtung überlassen wird. Ein besonderes Augenmerk unserer politischen Arbeit galt und gilt der

frühkindlichen Bildung. Der Orientierungsplan im Kindergarten ist ein Meilenstein auf diesem Weg. Die Einigung zwischen Land und Kommunen im Umfang von rund 210 Millionen Euro zur Erhöhung des Betreuungsschlüssels in den Kinderbetreuungseinrichtungen ist ein erster Schritt. Wir werden noch größere Anstrengungen unternehmen müssen, damit der Orientierungsplan flächendeckend umgesetzt werden kann.

Der einzige Rohstoff im Land der Tüftler und Bastler ist das Wissen in den Köpfen der Menschen. Auf die Erfindungen und Patente gründet sich unser Wohlstand. Unsere Universitäten haben im Exzellenz-Wettbewerb des Bundes und der Länder am besten abgeschnitten. Sie erweisen sich in den Vergleichen stets als Nachwuchsschmieden für unsere hoch spezialisierten Unternehmen. Der Sicherung der Freiheit von Forschung und Lehre und die Stärkung der Hochschulautonomie gilt deshalb unser Einsatz für eine erfolgreiche Wissenschaftspolitik in Baden-Württemberg auch in der kommenden Legislaturperiode.

Die Motive der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit erfordern es, unsere Politik so zu gestalten, dass sie nicht dauerhaft zu Lasten künftiger Generationen geht. Das Land Baden-Württemberg muss den Ehrgeiz haben, das Ziel der Neuverschuldung Null nicht erst 2020, sondern deutlich früher wieder zu erreichen. 2012/2013 wird es voraussichtlich noch nicht möglich sein, vollständig auf eine Nettokreditaufnahme zu verzichten. Der Haushalt muss aber in diesen Jahren durch Konsolidierungsschritte in Milliardenhöhe wieder deutlich an das Ziel einer Neuverschuldung Null herangeführt werden. Eine solide Haushaltspolitik und verstärkte Investitionen in Bildung und Betreuung sowie Wissenschaft und Forschung sind die zentralen Aufgaben für die nächste Legislaturperiode. Bereits in der zurück-

liegenden Legislaturperiode waren wir erfolgreich. Im Vergleich der westdeutschen Flächenländer liegt Baden-Württemberg eindeutig vorn.



Eine nachhaltige Kinderpolitik beginnt mit der Schaffung eines flächendeckenden Betreuungsangebots für Kinder von 0 bis 6 Jahren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, deutlich schneller als derzeit möglich den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen voranzutreiben. Hierbei geht es sowohl um quantitativen Ausbau, wie auch um eine Anhebung der Personalschlüssel.

Eine Stärkung von Kindern und Jugendlichen erfordert eine echte Stärkung der Beteiligungsrechte. Jugendgemeinderäte oder andere verbindliche Beteiligungsformen brauchen eine stärkere Verankerung in der Gemeindeordnung. Auch für Kinder müssen altersgemäße Beteiligungsformen angeboten werden, wenn es beispielsweise um die Gestaltung ihres Lebensraums geht. Die frühzeitige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen kann einer späteren Politikverdrossenheit entgegenwirken und mündige und interessierte Bürgerinnen und Bürger hervorbringen.

Eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik erfordert eine Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit, sowohl auf der Ebene der in diesem Bereich agierenden Verbände, als auch der offenen Jugendarbeit. Die Kinder- und Jugendarbeit zu stärken bedeutet für uns GRÜNE, verlässliche Förderstrukturen zu schaffen, welche eine Arbeit im Bereich der zunehmend wichtiger werdenden außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit langfristig gewährleisten kann. Hierfür ist es erforderlich, dass verbindliche und werthaltige

Förderzusagen im Gesamtbildungskonzept verankert werden, welche einen Bedeutungs- und Aufgabenzuwachs im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit berücksichtigen.



Wir nennen vier:

- Um eine gleichartige Ausgestaltung der Jugendarbeit auch dann zu gewährleisten, wenn die einzelne Kommune zu einer bedarfsgerechten Finanzierung nicht mehr im angemessenen Umfang in der Lage ist, soll künftig der Praxis anderer Bundesländer gefolgt werden, die in Verbindung mit dem Gemeindefinanzausgleich eine Jugendpauschale leisten.
- Aus den Erfahrungen, dass sich die Vorrangstellung des SGB II („Hartz IV“) für Jugendliche und junge Erwachsene in nunmehr sechs Jahren nicht bewährt hat, soll das Verhältnis von Arbeitsförderung und Jugendhilfe für besonders gefährdete Jugendliche neu bestimmt werden. Die Angebote der Jugendsozialarbeit nach SGB VIII sollen für diese jungen Menschen den Eingliederungsleistungen des SGB II bzw. des SGB III vorgehen.
- Das zuständige Ministerium muss der Pflicht zur Jugendhilfeberichterstattung wieder nachzukommen.
- Das Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg ist dringend zu überarbeiten, da es an mehreren Stellen nicht mit geltendem Bundesrecht in Einklang steht. So wurde beispielsweise vergessen, das bereits 2005 in Kraft getretene Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsgesetz (KICK) zu berücksichtigen.

Demografische Entwicklung



Der demografische Wandel und der damit verbundene Rückgang von Kindern und Jugendlichen wird die Kinder- und Jugendarbeit vor neue Herausforderungen stellen.

- **Wie möchte Ihre Partei mit diesen Herausforderungen umgehen?**
- **Wie können die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit insbesondere im ländlichen Raum für alle Kinder und Jugendlichen weiter erreichbar bleiben?**

CDU

Wir stellen fest, dass viele Jugendliche ein geändertes Freizeitverhalten entwickelt haben und sich sehr stark mit neuen Medien beschäftigen. Die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen wird die CDU annehmen und nutzen. Der engen Kooperation der Kinder- und Jugendarbeit mit den Schulen kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Gemeinsam mit den Jugendverbänden werden wir in der nächsten Legislaturperiode praktische Gestaltungsmöglichkeiten entwickeln und diese in einer Fortsetzung des Bündnisses für die Jugend niederschreiben.

Die CDU ist die Partei des ländlichen Raumes. Wir wollen dass auch in Zukunft attraktive Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere im ländlichen Raum, zur Verfügung stehen. Die damit verbundenen Fragen – beispielsweise die Gewährleistung der Förderung und finanziellen Planungssicherheit oder auch die Frage enger Kooperationen aller Beteiligten – wollen wir bei Gesprächen mit den Jugendverbänden im Detail klären.



Zuerst einmal wollen wir uns mit den ständig sinkenden Geburtenzahlen nicht abfinden. Die Kinderfreundlichkeit, die etwa in unserem Nachbarland Frankreich möglich ist, erreichen wir aber nur mit einem Richtungswechsel in der Politik. Dennoch müssen wir darauf eingehen, dass an manchen Orten Angebote der Kinder- und Jugendarbeit nicht mehr aufrechterhalten werden können, da eine ausreichende Anzahl von Kindern für eine Gruppe fehlt. Darauf werden wir zum einen damit reagieren, dass wir mehr Chancen ermöglichen wollen, die sich aus der Zusammenarbeit von Schulen – insbesondere mit Ganztagsangeboten – mit der Kinder- und Jugendarbeit ergeben. Zum anderen sehen wir auch in generationenübergreifenden Angeboten einen förderungswürdigen Ansatz. Über beide Wege kann gerade die Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum neue Impulse erhalten und junge Menschen ansprechen, die sie mit ihren Angeboten sonst nicht oder nur schwer erreicht.

Die Entwicklung der Jugendarbeit steht auch, aber nicht nur wegen der demografischen Entwicklung vor Herausforderungen. Die Jugendarbeit ist sicher auch mit der Problematik konfrontiert, geeignete Ansatzpunkte für die herkömmlichen Formen der Jugendarbeit bei ihrer Zielgruppe zu finden, die sich durch Individualisierung, Pluralisierung, Cliquenbildung usw. verschieben und in viele Einheiten teilt. Diese Grundproblematik für viele Anbieter von Jugendarbeit wird durch die demografische Entwicklung verstärkt – aber nicht etwa verursacht. Das hat Auswirkungen auf die Bedeutung der Jugendarbeit im Gesamtgefüge sowohl der Kinder- und Jugendhilfe, wie auch der Politik insgesamt:

- Kooperation und Vernetzung im Rahmen regionaler Jugendagentur-Netzwerke verstärken.
- Bei der Umsetzung jugendbezogener Aktivitäten auf vorhandene Strukturen und Träger vor Ort zurückgreifen.
- Zentrale Aufgaben wie ein qualifiziertes Beratungsangebot, die Förderung innovativer Maßnahmen oder die Bündelung jugendbezogener Informationsangebote unterstützen.
- Kinder- und Jugendarbeit in den Vereinen weiterhin unterstützen und mobile Jugendarbeit ausbauen.

Dies sind die Ansatzpunkte, damit die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe für die Jugendlichen im ländlichen Raum erreichbar bleiben. Die Landjugendarbeit ist ein weiteres wichtiges Element der Jugendarbeit auf dem Lande. Die berufsständischen und konfessionellen Landjugendorganisationen agieren flächendeckend in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs.

Ein Rückgang von Kindern und Jugendlichen wird insbesondere den ländlichen Raum vor Probleme hinsichtlich einer Aufrechterhaltung der örtlichen Infrastruktur stellen. Betroffen davon sind sowohl Personalstellen als auch Einrichtungen wie Jugendhäuser und andere. Um bestehende Einrichtungen für alle Kinder und Jugendlichen erreichbar zu gestalten, muss der Öffentliche Personennahverkehr insbesondere im ländlichen Raum ausgebaut und an die örtlichen Bedürfnisse – gerade auch die der Kinder und Jugendlichen – angepasst sowie eine erweiterte Förderung wohnortnaher Angebote vorgenommen werden.

Die Erhaltung eines flächendeckenden Angebots an Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum ist nur durch einen enormen ehrenamtlichen Einsatz zu erreichen. Aus Sicht der GRÜNEN müssen daher Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement deutlich verbessert werden. Sowohl während der Ausbildung als auch während des Studiums muss eine zeitliche Flexibilisierung möglich sein, wenn sich junge Menschen ehrenamtlich engagieren. Auch berufstätige Ehrenamtliche müssen sich auf eine zeitliche Freistellung für ehrenamtliche Tätigkeiten im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit verlassen können.

Eine angemessene Anerkennung von ehrenamtlich Tätigen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ist wesentliche Grundlage für eine Ehrenamtskultur. Hierzu gehört insbesondere auch die Schaffung und Finanzierung von Fortbildungsmaßnahmen ebenso wie eine transparente Dokumentation über im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit erworbene Qualifikationen. Auch die Weiterentwicklung des Jugendarbeitsnetzes ist eine notwendige Voraussetzung für eine Qualifizierung der im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit tätigen.

Prof. Dr. Simon, der im Wahlkreis Backnang für die LINKE für den Landtag kandidiert und der als Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung ein renommierter Experte auf diesem Gebiet ist, zeigt in der nachfolgenden Darstellung auf, dass ein pauschaler Verweis auf die demografische Entwicklung in die Irre führt, weil diese weder linear noch in allen Sozialräumen gleich verläuft. So müssen die für die Bundesrepublik generalisierenden Angaben über das Instrument Jugendhilfeplanung für die einzelnen Sozialräume präzisiert werden. Landesjugendhilfeplanung hat hierfür verbindliche Vorgaben zu entwickeln.

Zwei Gesichtspunkte müssen dabei besonders beachtet werden: Es gibt Hinweise darauf, dass in den letzten Jahren die Fallschwere und -komplexität im Bereich der Erziehungshilfen zugenommen hat. Deshalb rechtfertigt allein der Verweis auf den Rückgang der Kinderzahl noch keine Reduzierung der Angebote. Offene Jugendarbeit hat schon immer nur Teile der Kinder und Jugendlichen erreicht. Gelingende Praxis kann zur Erreichung neuer Zielgruppen und damit zur unveränderten Auslastung vieler Einrichtungen beitragen.

Alterskohorten der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland: Konsequenzen für die Jugendhilfe

Alterskohorte	Jahr und Tendenz der Veränderung + ansteigend - sinkend	Konsequenzen für die Jugendhilfe
unter 3 Jahren	Ab 2012 -	Reduktion der Bedarfe an Krippen, nachfolgend der Kindergärten, Kitas, Horte .
3 bis unter 6 Jahre	Seit 2007 -	Kita- und Kindergartenbedarf sinkt.
6 bis unter 14 Jahre	Bis 2015 +	Bedarfe an Maßnahmen der schulbezogenen Sozialarbeit mittelfristig stabil. Nachfrage nach Jugendförderung, offener Jugendarbeit für die jüngeren Nutzergruppen usw. dito, Personalbedarf konstant.
14 bis unter 18 Jahre	Bis 2015 - 2016 + Ab 2017 -	Reduktion des Bedarfs aller Formen der Jugendarbeit für die älteren Nutzergruppen. Isoliert hieraus ein leicht geringerer Personalbedarf in der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit.
18 bis unter 21 Jahre	Bis 2014 - 2015 und 2016 + ab 2017 -	Reduktion des Bedarfs an Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit für die älteren Jahrgänge sowie der Jugendberufshilfen und der Hilfen für junge Volljährige, Sonderförderbedarf bei Problemgruppen.
21 bis unter 27 Jahre	seit 2009 -	s.o.
		Der Bedarf an Erziehungshilfen folgt den Entwicklungen der Alterskohorten.

(Simon 2010 auf der Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes 2009)

Hier lohnt ein Blick in die weitläufigen und relativ dünn besiedelten skandinavischen Länder. Wer nicht dem gewagten Vorschlag mancher Raumplaner folgen will, dass ausgedünnte Landstriche „aufgegeben werden“, muss für den Erhalt von Mindeststandards in der Fläche sorgen. Zentraler Punkt ist der Erhalt kleiner Schulen. PISA hat gezeigt, dass die jahrgangsübergreifende Beschulung in Kleinstschulen keineswegs zu schlechteren Leistungen und Abschlüssen führt.

Für die Jugendarbeit in ausgedünnten Landstrichen gibt es unterschiedliche Anforderungen und Optionen:

- Die Umstrukturierung bestehender Einrichtungen zu „Jugendhäusern neuen Typs“ kann hilfreich sein, etwa wenn der Mehrgenerationengedanke und die Kooperation mit anderen sozialen Diensten „im Haus“ hinzukommt, etwa von Jugendberatungsangeboten.
- Stärker entwickelt werden kann unverändert das Prinzip einer „hinausreichenden Arbeit“ mit Cliques, die bestehende Angebote schwach oder gar nicht nutzen.
- Im ländlichen Raum kann mancherorts die heute noch vorhandene Personalausstattung nicht gehalten werden. Wo es auf Dauer nicht mehr möglich ist, in jedem dörflichen Jugendtreff hauptamtliches Personal vorzuhalten, müssen Jugendhilfeplanung und sozialräumliche Konzeptentwicklung Antworten darauf geben, wie Fachlichkeit mittels regional agierender, hochkompetenter Multiplikatoren erhalten bzw. neu gestaltet werden kann.
- Unverändert wichtig sind für Kinder und Jugendliche auf dem Land mobilitätsunterstützende Maßnahmen.

Kinder- und Jugendarbeit



Die Kinder- und Jugendarbeit bildet einen unverzichtbaren Bestandteil sozialer Infrastruktur und erfüllt eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben. Um diese Aufgaben auch weiterhin wahrnehmen zu können, benötigen die offene und die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit eine verlässliche und kontinuierliche Förderung.

- **Halten Sie zu diesem Zweck ein neues Bündnis für die Jugend für sinnvoll?**
- **Wie muss insbesondere der Landesjugendplan zukünftig gestaltet werden?**

CDU

Mit der CDU Baden-Württemberg wird die offene und verbandliche Kinder- und Jugendarbeit auch zukünftig eine zentrale Rolle in der Politik des Landes einnehmen. Das Bündnis für die Jugend schafft finanzielle Planungssicherheit und Freiräume für die Erfüllung der vielfältigen Aufgaben. Die CDU

setzt sich für eine Fortsetzung des Bündnisses für die Jugend ein.

Der Landesjugendplan hat sich bewährt und war besonders in Zeiten finanzieller Krisen wertvoll. Für die Zukunft und im Rahmen der Vorbereitung eines neuen Bündnisses für die Jugend wird die CDU mit Blick auf den Landeshaushalts eine Erhöhung der Mittel prüfen.

Die Jugendpolitik der Landesregierung besteht aus unterschiedlichsten Projekten. Dies führt dazu, dass Zuständigkeiten zersplittern und die Finanzierung nicht verlässlich gesichert ist. Das zentrale Finanzierungsinstrument für Jugendarbeit in Baden-Württemberg, der Landesjugendplan, wird von einer unüberschaubaren, in viele Einzelprogramme segmentierten Projektfinanzierung überlagert. Die Träger der Kinder- und Jugendarbeit benötigen aber eine kalkulierbare Regelfinanzierung.

Die SPD fordert deshalb, dass die Finanzierungsinstrumente transparenter werden und das Verhältnis von Projekt- und Regelförderung neu justiert wird. Dabei ist der Landesjugendplan als zentrales Finanzierungsinstrument zu erhalten und Projekt-Hopping“ zu vermeiden. Darüber hinaus setzt sich die SPD dafür ein, dass Jugendberichterstattung auf Landesebene ernster genommen wird, und sie stärker mit der kommunalen Jugendhilfeplanung verzahnt wird.

Die SPD strebt keine Fortsetzung des „Bündnis für die Jugend“ an. Die bisherige Landesregierung hat die Jugendverbände mit ihrer allgemeinen Bündnis-Strategie zu sehr eingeengt. Außerdem wird durch eine solche Bündnis-Politik jede parlamentarische jugendpolitische Diskussion im Keim erstickt. Die SPD möchte aber das Parlament als zentralen Ort für (jugend-)politische Debatten stärken. Außer Frage steht aber, dass alle jugendpolitischen Akteure frühzeitig, kontinuierlich und umfassend in die jugendpolitischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden müssen. Hierfür gibt es weniger einengende Strukturen und Prozesse als ein neues „Bündnis für die Jugend“.

Wir wissen um die Bedeutung der verbandlichen und offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie leistet einen maßgeblichen Anteil zur Förderung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Oberstes Ziel ist es, junge Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu erziehen. Ziel unserer Politik in der zurückliegenden Legislaturperiode war, die Ansätze im Landeshaushalt für die Bereiche Jugendverbandsförderung, Jugendberichterstattung, Jugendbildung und für sonstige bedeutsame Aufgaben und Maßnahmen der Jugendarbeit sowie für die Landjugend für die Laufzeit der Vereinbarung in der Summe nicht unter die Veranschlagungen im Doppelhaushalt 2007/2008 zu senken. Wie bereits in der einleitenden Frage dargestellt, steht für uns die Haushaltskonsolidierung auf der politischen Agenda ganz oben. Die Motive der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit erfordern es, unsere Politik so zu gestalten, dass sie nicht dauerhaft zu Lasten künftiger Generationen geht. Das Gesamtvolumen von 107,9 Mio. Euro für das Jahr 2010 und 111,9 Mio. Euro für das Jahr 2011 zeigt jedoch, dass die finanzielle Förderung des Landes im Jugendbereich für uns nach wie vor vorrangig ist. Dies wird auch in Zukunft im Rahmen einer weiteren Haushaltskonsolidierung Ziel unserer Politik sein.

Die Landesregierung hat mit den Jugendverbänden in einem Bündnis für die Jugend Eckpunkte für die inhaltliche und finanzielle Zukunft der Jugendarbeit in Baden-Württemberg festgeschrieben. Im Übrigen konnte auf Drängen der FDP/DVP-Fraktion erreicht werden, dass in das Bündnis auch Jugendliche mit Behinderungen und deren Verbände aufgenommen wurde. Das Bündnis für die Jugend endet am 31.12.2011. Die Erkenntnisse hieraus und deren eingehend Prüfung werden erst zeigen können, ob ein neues Bündnis sinnvoll ist.

Die Stärkung von verbindlichen Förderstrukturen ist den GRÜNEN ein wichtiges Anliegen; ein Bündnis für die Jugend kann hierbei ein wichtiges Instrument sein. Hierfür ist es jedoch erforderlich, dass bestehende Ziele und Projekte sowie die Rahmenbedingungen darin klar formuliert und festgeschrieben werden. Auch muss das Bündnis für die Jugend eine entsprechende Verankerung im Landesjugendplan erhalten. Hierin dürfen nicht nur fixe Beträge zur soliden Finanzierung der Strukturen und Regelangebote festgeschrieben werden. Bei der Feststellung von Fördermitteln muss ein entsprechender Inflationsausgleich berücksichtigt werden.

Notwendig ist darüber hinaus, dass im Landesjugendplan die Altersgrenze herabgesetzt wird.

In Zukunft müssen die gesellschaftlich wichtigen Themen Integration und Partizipation Kernaufgaben des Landesjugendplanes sein und nicht mehr mit einer wenig verlässlichen Projektförderung abgespeist werden.

Wichtig ist nach Ansicht der GRÜNEN, dass das parlamentarische System hierbei nicht ausgehebelt wird: Eine Debatte über politische Ziele im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sowie deren Umsetzung muss jährlich im Landtag stattfinden.

DIE LINKE plädiert – wie oben bereits dargestellt – für verbindlichere Regelungen. Die Einführung einer Jugendpauschale führt in Verbindung mit dem Gemeindefinanzausgleich zu mehr Verteilungsgerechtigkeit in der Fläche. Hieraus werden Angebote für Kinder und Jugendliche vor Ort gefördert, so etwa im Bereich der Projektarbeit, der Freizeitgestaltung, des bislang stark vernachlässigten Kinder- und Jugendschutzes, der Jugendbildung und der Jugendsozialarbeit.

Angesichts der Tatsache, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in der klassischen Verbandsarbeit (außerhalb des Sports) nur schwach vertreten sind, sollten die Finanzierung von Maßnahmen kultureller Arbeit sowie modellhafter Vorhaben zur Förderung der Beteiligung von solchen Jugendlichen an der Verbandsarbeit deutlich gestärkt werden. Der Landesjugendplan sollte deshalb entsprechend ausgerichtet werden.

Das Antragsverfahren und die Zuständigkeitsregelungen für die Bewilligung sollten rasch vereinfacht werden. Die – je nach Sachthema – wechselnde Zuständigkeit des Sozial- und des Kultusministeriums muss dahingehend verändert werden, dass die Jugendhilfe – und mit ihr die Jugendarbeit und Jugendbildung generell und ausschließlich – in den Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums überführt werden.

Medienpädagogik



Medienkompetenz ist eine derzeit überall gefragte Schlüsselfähigkeit und für Kinder und Jugendliche unverzichtbar.

- **Was sind Ihrer Ansicht nach geeignete Maßnahmen, um die Förderung der Medienkompetenz in der Jugendarbeit noch weiter verstärken zu können?**
- **Ab welchem Alter sollte Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen gefördert werden?**

CDU

Wir unterstützen Medienerziehung von Kindesbeinen an und haben deshalb die Förderung der Medienkompetenz fest im Orientierungsplan für Kindergärten sowie in der Erzieher- und Lehrerausbildung verankert. Medienkompetenz geht aber alle an, auch Eltern oder die in der Jugendarbeit Tätigen. Die CDU Baden-Württemberg wird für gute Qualifizierungsangebote sorgen und dafür weiterhin Medien-Mentoren ausbilden. Gleichzeitig führen wir die erfolgreiche Arbeit des Kindermedienlandes Baden-Württemberg fort.

Je eher Kinder einen vernünftigen Mediengebrauch vorgelebt und vermittelt bekommen, desto leichter fällt ihnen auch später ein kompetenter Umgang damit. Mit Hilfe der Medien-Mentoren werden wir deshalb auch Eltern im Umgang mit Medien schulen. Gleichzeitig kann auf spielerische Weise im Kindergarten die Basis für Medienkompetenz gelegt werden. Etwa durch Hörerziehung oder Foto- und Trickfilmprojekte.



Medien prägen unser Leben. Dabei sind mittlerweile neben die klassischen Printmedien und den Rundfunk vor allem das Internet, der gesamte Bereich der Computernutzung sowie die mobilen Dienste getreten. Kinder müssen an die modernen Medien herangeführt werden, um frühzeitig diese für das spätere Berufs- sowie Privatleben erforderliche und unverzichtbare Kernkompetenz zu erlernen.

Die Allgegenwart der Medien und der zwangsläufig notwendige Umgang mit ihnen erfordert aber im Gegenzug eine durch Vernunft geprägte Nutzungsweise, denn der maßlose Konsum sowie der unreflektierte Umgang mit diesen Medien birgt gerade für Kinder und Jugendliche ein hohes Gefahrenpotenzial.

Viele Kinder und Jugendliche erhalten weder zuhause in der Familie noch im Rahmen der vorschulischen und schulischen Erziehung bisher Anregungen für einen angemessenen Medienumgang. Nach Überzeugung der SPD müssen alle pädagogischen Fachkräfte in den verschiedenen Studiengängen – von der frühen Bildung über die Lehrerbildung bis hin zur Erwachsenen- und Familienbildung – im Sinne einer medienpädagogischen Grundbildung qualifiziert werden.

Um die Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern zu verbessern, braucht es Lehrkräfte, die selbst über Medienkompetenz und eine medienpädagogische Grund(aus)-bildung verfügen und die bereit sind, sich auf die Symbol- und Medienwelten von Kindern und Jugendlichen einzulassen.

Die Frage einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit Eltern hängt entscheidend davon ab, ob Eltern die notwendige Grundorientierung unterstützen – weg von einer auf Noten fixierten „Paukschule“ und hin zu einer Schule, die in einer Balance von Fachwissen und Orientierungswissen dem Anspruch gerecht wird, für das Leben zu lernen. Notwendig sind aus Sicht der SPD auch eine bessere Vernetzung bestehender medienpädagogischer Aktivitäten, kontinuierliche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie der Ausbau von medienpädagogischen Angeboten für Kinder und Jugendliche aus bildungsbenachteiligten Sozialmilieus.

Zu den Förderprogrammen für Medienpädagogik in bildungsbenachteiligten Sozialmilieus gehört auch, neue Wege in der Familien- und Elternbildung zu gehen, insbesondere im Rahmen bestehender Beratungs- und Unterstützungsdienste und niedrigschwelliger Beratungs- und Bildungsangebote vor Ort.



Bereits heute gibt es in Baden-Württemberg vielfältige Medienangebote sowohl im schulischen wie im außerschulischen Bereich der Jugendbildung. Ebenso bestehen für Lehrkräfte zahlreiche Fortbildungsangebote bzw. praxismateriale Unterrichtsunterlagen, die eine Umsetzung im Unterrichtsalltag erleichtern. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Angebote weiter ausgebaut werden und Medienpädagogik und Informationstechno-

logie noch stärkeren Einfluss in die Bildungspläne der Schulen finden.

Weiterhin fördern wir die Initiative „Kindermedienland“, die im ganzen Land Projekte anbietet, welche die Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Lehrkräften gezielt stärkt. Kindern und Jugendlichen muss ein sicherer Umgang mit den Medien vermittelt werden. Aber auch Eltern und Lehrer müssen sich vermehrt mit dem Thema, durch Fortbildungen, auseinandersetzen. Deshalb wollen wir die Förderung von Medienprojekten stärken und das Thema Medien insgesamt noch präsenter machen.

Im Nachgang des schrecklichen Amoklaufs von Winnenden und Wendlingen hat ein Landtagssonderrusschuss mit den Stimmen der FDP konkrete Empfehlungen abgegeben, wie die Medienbildung von Kindern und Jugendlichen weiter verbessert werden soll. Es wurde empfohlen, dass die verschiedenen Projekte im Land im Sinne einer erhöhten Wirksamkeit zusammengeführt werden können. Weiterhin sollen erfolgreich arbeitende Projektstrukturen im Bereich der Medienbildung finanziell besser ausgestattet werden, ein Medienportfolio über alle Schularten hinweg entwickelt und eine Hotline für medienpädagogische Fragen eingerichtet werden.

Als Teil einer vernetzten Welt, welche schon längst Teil unserer Alltagskultur ist, ist es für Kinder wichtig schon frühzeitig einen angemessenen Umgang damit zu erlernen. Deshalb fördern wir Projekte wie „Kindermedienland“, welches den Kindern einen pädagogisch wertvollen Umgang mit zahlreichen Medien vermitteln will. Frühkindliche Förderung ist in vielerlei Weise wichtig für Kinder. Der frühe Umgang mit Computern fördert ihre Hand-Augenkoordination und außerdem können sie, wenn sie frühzeitig den Umgang mit Medien erlernen, für mögliche Gefahren sensibilisiert werden.

Beim Jugendmedienschutz setzen wir somit primär auf den Erwerb von Medienkompetenz und auf die Unterstützung von Eltern, Schule und Gesellschaft. Die Einführung einer de-facto-Zensur z. B. durch Internet-sperren oder weitreichender Verbote von bestimmter Spielesoftware unter dem Deckmantel des Jugendmedienschutzes lehnen wir ab.



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Im Zeitalter der zunehmenden Medienfülle und Medienvielfalt ist Medienkompetenz zu einer unabdingbaren Orientierungshilfe geworden, auf welche nicht nur Kinder und Jugendliche sondern ebenso Erwachsene angewiesen sind. Insbesondere Eltern sind jedoch oftmals von der Medienorientierung ihrer Kinder überfordert und wissen nicht, wo Grenzen notwendiger und sinnvoller Weise gesteckt werden sollten. Der junge medienkompetente Mensch lernt, die Rolle der Medien in der Gesellschaft kritisch zu hinterfragen, Bereiche für ihre angemessene Nutzung zu identifizieren, Manipulationsbemühungen durch Interessenverbände aufzudecken, aufrecht und ohne durch Verfrühung bedingte Schäden durch den Medienschun- gel zu navigieren. Kurz: Medienkompetenz als Fähigkeit, die Medien zu beherrschen, statt von ihnen beherrscht zu werden.

Wir wollen medienpädagogische Einrichtungen flächendeckend etablieren, damit sowohl für Eltern, PädagogInnen als auch für Kinder und Jugendliche Angebote zum Erreichen von Medienkompetenz bereitgestellt werden können. Projekte wie die Initiative „Medienfluten“ der Caritas Stuttgart müssen landesweit eingeführt werden. Darüber hinaus muss selbstverständlich Medienkompetenz zum wesentlichen Bestandteil des Unterrichts und zur Querschnittsaufgabe in Schulen werden.

Medienkompetenz und Medienpädagogik dürfen nicht erst mit dem Erreichen der Schulreife, sondern sollten bereits in Kindertageseinrichtungen thematisiert und zum Gegenstand des Kinderalltags gemacht werden. Dazu müssen entsprechende Fortbildungsangebote für LehrerInnen und Erzieherinnen und Erzieher bereitgestellt und kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Notwendig sind vor allem mehr medienpädagogische Angebote für Heranwachsende aus Migrationskontexten und bildungsbenachteiligten Milieus sowie Angebote zur geschlechtersensiblen Arbeit in Einrichtungen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit.



DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Zentral ist zunächst die Ausbildung. Sowohl an den Fachschulen für Erzieherinnen und Erzieher als auch an den Ausbildungsstätten sozialer Arbeit bedarf es einer Qualitätsoffensive für Medienpädagogik. DIE LINKE nimmt die Aufgaben Medienpädagogik, Jugendmedienschutz und Vermittlung von Medienkompetenz ernst und plädiert deshalb für eine Erweiterung des § 7 des Gesetzes zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung (Jugendbildungsgesetz). Neben Jugendbildungsreferenten sollten in entsprechender Anzahl medienpädagogische Fachkräfte der Jugendverbände gefördert werden. Auf die besondere Bedeutung der Kompetenzförderung im Grundschulalter und die Rolle der Schulen wird nachfolgend verwiesen.

Wer die Ergebnisse der Hirn- und Entwicklungsforschung ernst nimmt, kommt zu dem Schluss, dass eine wichtige pädagogische Aufgabe darin besteht, Kinder im Vorschulalter möglichst vom Medienkonsum fern zu halten oder – in den Familien, in denen dies nicht möglich ist – diesen wenigstens einzuschränken. Hierzu bedarf es im Bereich

der Kindertagesbetreuung noch deutlich verbesserter Elternarbeit und damit auch einer Erhöhung der entwicklungspsychologischen und medienpädagogischen Kompetenzen des Personals. Ab dem Beginn des Schulbesuchs muss den Kindern umfassende Medienkompetenz durch medienpädagogisch und medien-

didaktisch hoch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer vermittelt werden. Unverändert bedeutsam bleibt selbstredend die Rolle der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit, die in der Vergangenheit zahlreiche gelungene Medienprojekte initiiert hat und hierbei wirkungsvoll unterstützt werden muss.

Kooperation Jugendarbeit und Schule

? Die Frage nach der Kooperation von Kinder- und Jugendarbeit und Schule und die Einführung und Ausgestaltung von Ganztagschulen ist in Baden-Württemberg ein derzeit intensiv diskutiertes Thema.

- **Wie soll Ihrer Meinung nach die Kooperation zwischen Kinder- und Jugendarbeit und Schule zukünftig aussehen, und welche Schritte würden Sie konkret auf den Weg bringen?**
- **Welche Rolle kann die Kinder- und Jugendarbeit in der Ausgestaltung der entstehenden Ganztagschulen spielen?**

CDU

Die CDU wird die Zusammenarbeit von Schule und Kinder- und Jugendarbeit weiter intensivieren und besser lokal, regional und überregional vernetzen. Ein erster Schritt dabei ist der Ausbau des erfolgreichen Jugendbegeleiterprogramms zum neuen Schuljahr.

Mit der Kinder- und Jugendarbeit erweitern wir nicht nur das Betreuungsangebot an Schulen, sondern vermitteln auch wichtige Kompetenzen über den Unterricht hinaus. Dabei soll die Schule in der Gestaltung des pädagogischen Konzepts und der Wahl der außerschulischen Partner frei sein, um individuelle Möglichkeiten vor Ort berücksichtigen zu können. Die CDU möchte, dass jeder Schüler nach seinen besonderen Interessen individuell gefördert wird – auch im Rahmen der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit.

SPD

Grundsätzlich muss gelten: Die Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule muss auf gleicher Augenhöhe erfolgen. Aus Sicht der SPD ist es notwendig, die engen Zuständigkeitsgrenzen zwischen Familie (=Erziehung), Schule (=Bildung) und Jugendhilfe (=Betreuung) aufzuheben. Bei dieser Trias handelt es sich um gleichwertige Bereiche, die gleichzeitig zu bewältigen sind. Denn Bildung ist mehr als Schule und Schule ist mehr als Bildung.

Die Grundmerkmale und besonderen Stärken von Jugendarbeit (Freiwilligkeit, Demokratie-Lernen, Bedürfnisorientierung) müssen erhalten und in geeigneter Weise für die Schule nutzbar gemacht werden. Gerade beim Ausbau von ganztägigen Bildungsangeboten ist dringend darauf zu achten, dass der Eigen-

wert von Jugendarbeit erhalten bleibt. Jugendarbeit darf hierbei nicht zum „Anhängsel“ von Schule gemacht werden. Die Politik der bisherigen Landesregierung gibt Anlass zur Sorge, dass die Jugendarbeit zum Ausfallbürgen für notwendige, aber vom Land nicht mehr finanzierte Schulentwicklungskonzepte missbraucht wird.

Erste Schritte einer zukunftsweisenden Kooperation von Jugendarbeit und Schule sind:

- die Änderung des Schulgesetzes mit dem Ziel, die Kooperation von Schule und Jugendhilfe verbindlich zu verankern
- die gemeinsame Entwicklung von Rahmenrichtlinien für die Kooperation auf Landesebene, die landespolitische Vergleichbarkeit und örtliche Planungssicherheit ermöglichen
- Stärkung der Infrastruktur der Jugendarbeit, auch der Landesarbeitsgemeinschaften Mädchenpolitik und Jungenpolitik.



Die FDP misst der Ganztagesbetreuung einen hohen pädagogischen und sozialpolitischen Stellenwert bei. Wir haben uns deshalb von Anbeginn in der Regierungskoalition von FDP und CDU beharrlich dafür eingesetzt, dass das Ganztagesangebot zügig und bedarfsgerecht ausgebaut wird. Schließlich gelang es der FDP, ein Ausbauprogramm des Landes auf den Weg zu bringen, mit dem bis zum Jahr 2014 ca. 40 Prozent der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen zu Ganztageschulen werden sollen – in gebundener bzw. teilgebundener Form oder in Form eines offenen Angebots. Rund ein Viertel aller Schulen Baden-Württembergs sind inzwischen Ganztageschulen geworden. Wir Liberalen wünschen uns auch an dieser Stelle mehr Wahl-

möglichkeiten für die Schulen und Schulträger: Jede Schule soll künftig auf Antrag Ganztageschule werden oder Ganztagesbetreuung anbieten können, was bisher nur für die Haupt- bzw. Werkrealschulen und Gymnasien gilt. Auch sollten die Verantwortlichen vor Ort selbst entscheiden, ob sie Ganztageschule der offenen oder der gebundenen Form werden wollen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Verantwortlichen vor Ort möglichst große Gestaltungsfreiheit bei der Organisation ihrer Ganztageschule erhielten und mögliche Hürden bei der Zusammenarbeit mit Verbänden, Vereinen, örtlichen Institutionen und ehrenamtlichen Kräften auf dem Weg geräumt wurden.

Mit dem Jugendbegleiterprogramm haben wir die Zusammenarbeit auch von Landeseite gefördert. Diese Förderung wollen wir fortsetzen und ausweiten. Auch die Kinder- und Jugendarbeit kann nach unserer Auffassung als Kooperationspartner der Schulen vor Ort in die Ganztagesangebote einbezogen werden.



Der fortschreitende Ausbau von Ganztageschulen erfordert eine stärkere und engere Vernetzung zwischen Schule auf der einen und Kinder- und Jugendarbeit auf der anderen Seite. Diese Vernetzung ist sowohl notwendig zur Realisierung eines vielfältigen und attraktiven Ganztagesangebots an Schule als auch, um die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit in den Alltag der Kinder und Jugendlichen einzubeziehen.

Für eine enge Vernetzung der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit mit den Schulen ist der Abschluss einer klaren und transparenten Vereinbarung zwischen den Trägern außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit und dem Land als übergeordnetem

Bildungsträger erforderlich. Hierbei müssen verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen ebenso vereinbart werden wie inhaltliche Fragen und Fragen der Zuständigkeiten.

Wichtig bei der Frage nach einer engeren Kooperation ist, dass außerschulische Kinder- und Jugendarbeit nicht zum günstigen Unterrichtsersatz werden darf, sondern konzeptionell verankert werden muss. Auch dürfen die Grenzen zwischen Jugendarbeit und Schule hinsichtlich der Frage nach in der Schule anfallenden Leistungsbewertungen nicht überschritten werden.

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Aus den Erfahrungen anderer Bundesländer weiß man, dass es zu einer gelingenden Zusammenarbeit kommen kann, wenn sich die Kinder- und Jugendarbeit und die schulische Bildung als gleichberechtigte Partner begegnen. Von vorrangiger Bedeutung ist der sachgerechte Ausbau der Schulsozialarbeit. Diese sollte künftig auch verantwortlich für die Steuerung der Heranziehung von Vereinen und Ehrenamtlichen aus Verbänden sein. Professionelle Schulsozialarbeit ist auch ein wichtiger Koordinator an der Schnittstelle von schulischen Aufgaben und im Einzelfall notwendigen erzieherischen Hilfen.

Ehrenamtliche können die Betreuung sehr wohl auf vielfältige Weise unterstützen, sie können aber qualifizierte Schulsozialarbeit nicht ersetzen. Ausgehend von der oben skizzierten Funktion der Schulsozialarbeit kann die Kinder- und Jugendarbeit in vielfältiger Weise in die Projektarbeit einbezogen werden. Auch die seit Jahren praktizierte Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen hat sich vielerorts bewährt und sollte weitergeführt werden.

Derzeit ist es in Mode gekommen, alles am Schulstandort konzentrieren zu wollen. Auch die offene Jugendarbeit hat sich vielerorts den Anforderungen am „Standort Schule“ unterzuordnen. Es muss künftig vermehrt darauf geachtet werden, dass ein angemessener Teil „schulferner“ offener Jugendarbeit bestehen bleibt. Dies aus drei Gründen:

- Offene Jugendarbeit sollte zumindest partiell an ihrer bewährten sozialräumlichen Orientierung festhalten.
- Sie sollte auch für jene Jugendlichen ein lebensweltbezogenes Angebot bereithalten, die die Schule bereits hinter sich gelassen haben, ebenso für jene, die schulnah organisierte Angebote als „zu verregelt und zu sehr mit Schule verknüpft“ empfinden.
- Sie sollte – im Sinne des 12. Jugendberichts – eine wichtige Funktion bei der Organisation informeller Lernorte einnehmen.

Ehrenamtliches Engagement



Das ehrenamtliche Engagement ist in der Jugendarbeit von großer Bedeutung. Ob es in den selbstverwalteten Jugendtreffs oder in den Jugendverbänden stattfindet – junge Menschen engagieren sich! Was wird Ihre Partei konkret tun, um ...

- **hauptberufliche Unterstützung für Ehrenamtliche zu gewährleisten,**
- **Ehrenamtlichen die Freistellung für die Leitung von Ferienfreizeiten und die Teilnahme an Aus- und Fortbildungen zu erleichtern,**
- **sicherzustellen, dass ehrenamtlich engagierte junge Menschen trotz Einschränkungen durch das achtjährige Gymnasium und die Bachelor- und Masterstudiengänge genügend Freiräume für ihr Ehrenamt behalten?**

CDU

Seit Jahren fördert die CDU-geführte Landesregierung das bürgerschaftliche Engagement durch den Aufbau des Landesnetzwerks bürgerschaftliches Engagement. Die Fördermittel in diesem Bereich sind gut angelegt. Diesen Weg wird die CDU weitergehen. Die Frage der hauptberuflichen Unterstützung des Ehrenamts z. B. im Bereich der Qualifizierung werden wir bei der Neuaufgabe des Bündnisses für die Jugend detailliert betrachten.

Mit dem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts leitete die CDU-geführte Landesregierung einen wichtigen Beitrag für ehrenamtliches Engagement ein. Dabei wurde z. B. die Altersgrenze der freistellungsberechtigten Personen herabgesetzt und der Personenkreis der Anspruchsberechtigten ausgeweitet. Die Umsetzung dieser Änderungen in der Praxis werden wir prüfen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen vornehmen.

Wir wissen, dass bei der Umstellung auf G8 in Einzelfragen noch Verbesserungsbedarf besteht. Deshalb steuern wir im Dialog mit Schülern und Eltern nach und entlasten die Schüler durch tatsächliche Reduzierung des Lernstoffs mit weniger Pflichtstunden und

mehr individueller Förderung. Die Hochschulautonomie zu stärken ist ein zentrales Anliegen der Hochschulpolitik der CDU. Dem widersprechen z. B. zwingende Vorgaben über die Ausgestaltung von Prüfungsterminen. Vielmehr werben wir dafür, dass Hochschulen die vielfältigen Möglichkeiten bei der Gestaltung von Prüfungsterminen, Freistellungen oder Beurlaubungen im Sinne ihrer ehrenamtlich engagierten Studierenden ausschöpfen.



Ehrenamtliches Engagement geschieht nicht von selbst. Es hängt wesentlich von den Rahmenbedingungen für dieses Engagement ab – vor Ort, aber auch von landespolitischen Vorgaben. Gerade für Kinder und Jugendliche müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden. Gutes Ehrenamt braucht gutes Hauptamt. Deshalb wird sich die SPD dafür einsetzen, dass die hauptamtlichen Ressourcen und Unterstützungsleistungen in Baden-Württemberg gestärkt werden.

Um die Teilnahme von Ehrenamtlichen an Aus- und Fortbildungen zu erleichtern, wollen

wir einen Rechtsanspruch auf Freistellung für außerberufliche Bildung („Bildungsurlaub“), den es in den meisten anderen Bundesländern schon gibt, auch in Baden-Württemberg einführen.

CDU und FDP haben mit ihrem so genannten Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts vom November 2007 eine große Chance vertan. Mehr noch: dieses Gesetz schwächt das ehrenamtliche Engagement. Die SPD wollte verhindern, dass die Freistellungstage von Auszubildenden von zwölf auf fünf Tage reduziert werden – leider erfolglos. Das zeigt, dass bei CDU und FDP Wirtschaftsinteressen im Vordergrund stehen, obwohl viele Arbeitgeber gerade die beim ehrenamtlichen Engagement gewonnenen sozialen Kompetenzen der jungen Menschen hoch schätzen. Jugendarbeit rechnet sich nicht, aber sie lohnt sich: für den Einzelnen und für die Gesellschaft als Ganzes.

Der enorm hohe Lernstress im achtjährigen Gymnasium nimmt vielen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, Freizeitaktivitäten nachzugehen oder sich ehrenamtlich zu engagieren. Vor diesem Hintergrund will die SPD-Landtagsfraktion den Gymnasien die Möglichkeit einräumen, innerhalb des G8 auch einen 9-jährigen Zug zum Abitur einzurichten. Die Entscheidung hierüber trifft die Schulkonferenz in Abstimmung mit dem Schulträger. Eltern und Schüler hätten dann die Wahl zwischen zwei Lerngeschwindigkeiten. Das bedeutet weniger Lernstress und die Chance für mehr junge Menschen, das Abitur am allgemein bildenden Gymnasium zu erwerben. Außerdem werden Freiräume für außerschulisches Engagement geschaffen.



Jugendbildungsreferenten unterstützen als hauptamtliche Mitarbeiter das Ehrenamt und leisten somit einen wichtigen Beitrag bei der Bildung und Weiterbildung junger Menschen. Derzeit gewährt das Land einen Zuschuss in Höhe von 70% der anerkannten Personalkosten für bis zu 38 Bildungsreferentenstellen. Im Kalenderjahr 2009 haben sich diese auf 53 Personen verteilt. Das Fördervolumen von 1.456.944 Euro im Jahr 2009 war ein erheblicher Beitrag, um die hauptberufliche Unterstützung Ehrenamtlicher zu gewährleisten.

Antwort: Nach Jahren der Diskussion haben wir das alte Jugendleitersonderurlaubsgesetz unter dem neuen Namen „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit“ novelliert. Neu geregelt wurden die Freistellungsansprüche für alle Personen, die in Organisationen der Jugendarbeit ehrenamtlich tätig sind. Wir haben auf eine maßvolle Ausdehnung der Ansprüche hingewirkt. Durch die Absenkung des Mindestalters von 18 auf 16 Jahren fördern wir das Ehrenamt in der Jugendarbeit.

Auch im Bereich des Sports haben wir die Ansprüche ausgedehnt. Bei Auszubildenden wurden die Freistellungsansprüche an geänderte Rahmenbedingungen und Herausforderungen angepasst, um die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen nicht zu schwächen. Die durch die Zeiten in der Berufsschule und die hohe Zahl der Urlaubstage eingeschränkte Präsenz im Betrieb darf nicht durch weitere rechtliche Ansprüche in einer Weise gefährdet werden, die das Ausbildungsziel gefährden könnte. Jedem Arbeitgeber ist es natürlich weiterhin freigestellt, über die gesetzlichen Mindestansprüche hinaus Freistellungen zu erteilen.

Die Einführung des generell achtjährigen allgemeinbildenden Gymnasiums ist von der FDP als Beitrag zur Verkürzung der Erstausbildungszeiten seit Langem gefordert worden. Von Anfang an war es uns aber auch ein wichtiges Anliegen, dass ein damit verbundener zusätzlicher Arbeitsaufwand für die Schüler in Grenzen gehalten wird und sie nicht daran hindert, ein Ehrenamt auszuüben oder einem Interesse nachzugehen. Wir haben deshalb erreicht, dass die Bildungspläne des achtjährigen Gymnasiums nur noch zwei Drittel der Inhalte verbindlich vorgeben und die Schulen eigenständige Schwerpunkte setzen können. Eine Überprüfung der Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums durch die Schulverwaltung ergab, dass die große Mehrzahl der Gymnasien die neu gewonnenen Freiräume sinnvoll genutzt und Prioritäten gesetzt hat. Da jedoch mancherorts Schwierigkeiten vorgefunden wurden, veranlasste das Kultusministerium Ende 2010, dass die Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 und 6 künftig mindestens an drei Nachmittagen keinen Pflichtunterricht haben sollen, und in den Klassen 7 bis 9 an mindestens zwei Nachmittagen. Zudem dürfen in den Klassen 5 bis 6 künftig höchstens 32 Wochenstunden unterrichtet werden, um die Arbeitsbelastung der Schüler in einem angemessenen Rahmen zu halten. Diese Maßnahme hat die FDP begrüßt, und wir werden die weitere Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums wachsam begleiten.

Was die Umsetzung des Bologna-Prozesses angeht, strebt die FDP an, die bestehende Obergrenze von 10 Semestern für ein Bachelorstudium mit konsekutivem Master aufzuheben und die Hochschulen anzuhalten, für Bachelor- und Master-Studiengänge flexible Regelstudienzeiten festzulegen. Diejenigen Hochschulen, bei denen Mängel in der Umsetzung der Bologna-Reform zu übervollen Studienplänen und zu hoher Prüfungsdichte geführt haben, wollen wir dazu anhalten, diese Fehler in eigener Verantwortung zu beheben.



Ehrenamtlich Tätige benötigen verlässliche Strukturen, auf die sie im Falle von Fortbildungs- oder von Informationsbedarf zurückgreifen können. Nur wenn ein Netzwerk bereitgestellt wird, welches ehrenamtlich Tätige begleitet, erklären sich Menschen für ein Ehrenamt bereit und bleiben über eine längere Zeitspanne ehrenamtlich aktiv.

Bildungsreferenten übernehmen hinsichtlich der Beratung und Begleitung Ehrenamtlicher eine wichtige Funktion. Eine Ausweitung des BildungsreferentInnenprogramms ist daher nach Auffassung der GRÜNEN erforderlich, um notwendige Unterstützungsstrukturen zu schaffen.

Ehrenamtlich Tätigen insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit muss die Freistellung beim Arbeitgeber deutlich erleichtert werden. Dies kann dadurch gelingen, dass gesetzlich festgelegt wird, dass eine Versagung der Freistellung nur im Falle einer dadurch drohenden schwerwiegenden Gefährdung der Betriebsinteressen erfolgen darf. Auch eine Erhöhung der möglichen freizustellenden Tage auf fünf Tage und von drei auf vier Veranstaltungen im Kalenderjahr, wie es bis zum Jahr 2007 der Fall war, ist erforderlich, um dem erforderlichen Aus- und Fortbildungsbedarf im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit gerecht zu werden.

Darüber hinaus treten wir dafür ein, dass auch Jugendliche, die sich im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ehrenamtlich engagieren wollen, auf eine entsprechende Freistellung von Seiten des Ausbildungs- oder Arbeitsbetriebs zurückgreifen können.

Die Straffung der allgemeinbildenden Schulzeit an Gymnasien wie auch der Studienzeit durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen hat dazu geführt, dass

gerade junge Menschen nur noch über sehr geringe Zeitreserven verfügen und damit kaum mehr Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements wahrnehmen. Dies bedeutet eine massive Schwächung der Ehrenamtskultur. Zur Stärkung ehrenamtlicher Tätigkeiten ist es erforderlich, dass diese im Rahmen der Bildungsleistung berücksichtigt werden und Schulen wie Hochschulen zeitlich flexibel auf ehrenamtliches Engagement der jungen Menschen reagieren.

Hochschulen sollten nach unserer Auffassung die Regelstudienzeit für ehrenamtlich Engagierte öffnen und sie nicht wegen ihres ehrenamtlichen Engagements benachteiligen. Darüber hinaus sind Maßnahmen zu ergreifen, die die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements in der Gesellschaft verbessern und besondere Anreizsysteme schaffen, wie z. B. die begünstigte Nutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel oder eine ermäßigte Nutzung von öffentlichen Angeboten von Theatern, Museen, Bädern und Konzerten.

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Wichtig ist, dass in Baden-Württemberg eine ausreichende Zahl an Bildungsreferenten finanziert und vermehrt Fachkräfte für die Vermittlung medienpädagogischer Kompetenz zur Verfügung gestellt werden. Die vielfältige Struktur kommunaler Jugendarbeit hat sich weitgehend bewährt. Angesichts des Umstandes dass noch deutlich mehr Kinder und Jugendliche als bislang von Angeboten offener Jugendarbeit erreicht werden können, führt die demografische Entwicklung für sich genommen nicht zu generellen Kürzungsnotwendigkeiten in der offenen Arbeit. Die dort tätigen Hauptamtlichen sind traditionell auch wichtige Förderer und Begleiter von ehrenamtlichen bzw. selbst organisierten Aktivitäten. Gelegentlich sind Ehrenamtliche in Vereinen und Verbänden durch auffälliges

Verhalten einzelner Mitglieder überfordert, etwa bei Sucht, Gewalt, Rechtsextremismus. Hier gilt es, die begonnene Zusammenarbeit zwischen einschlägigen Spezialisten und Ehrenamtlichen weiter auszubauen.

Es bleibt ein Skandal, dass in Baden-Württemberg weiterhin kein Bildungsurlaubsgesetz existiert. DIE LINKE wird sich im Landtag für die Verabschiedung eines solchen Gesetzes engagieren. In Vergessenheit geraten ist angesichts der dramatischen Veränderungen in der Arbeitsgesellschaft die Möglichkeit, auf betrieblicher Ebene mit dem Instrument des Betriebsverfassungsgesetzes entsprechende Vereinbarungen abzuschließen.

Ferner sei auf die Möglichkeit des Abschlusses von Bildungstarifverträgen verwiesen, die den Auszubildenden die Beteiligung an außerbetrieblichen Bildungsmaßnahmen ebenso ermöglicht wie die Übernahme ehrenamtlicher Funktionen.

Wie den Schulen beim G 8 ist es den Universitäten häufig nicht gelungen, ihre früheren Diplom-Studiengänge inhaltlich ausreichend zu verschlanken und auf das geringere anglo-amerikanische BA-Niveau zu senken. So kommt es, dass Studierende an deutschen Universitäten mitunter ein aufwändiges Studium mit einem am Aufwand gemessen unterklassigen Abschluss beenden. Um den Herausforderungen an den Universitäten, Fachhochschulen und Dualen Hochschulen besser begegnen zu können, müssen die BA- und MA-Studiengänge besser aufeinander abgestimmt und – ähnlich dem G 8 – durch weitere Reduzierungen der Studieninhalte besser studierbar gemacht werden.

Hier sind Belange berührt, die einer Impulssetzung durch das Kultusministerium bedürfen. Hochschulen „ticken anders“, sie werden ihre Strukturen nicht wegen möglicher nachteiliger Auswirkungen auf das ehrenamtliche

Engagement junger Menschen ändern. Erst wenn Ehrenamtlichkeit zum Qualitätskriterium im Wettbewerb der Hochschulen untereinander erklärt wird, würde dies Einsichten und Verhalten ändern.

Auf der kommunalen Ebene bestehen angesichts der begonnenen verstärkten Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendhilfe

günstigere Bedingungen. DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung der Schulautonomie ein. Dies ermöglicht bei gleichzeitiger Impulssetzung durch die kommunale Jugendarbeit Arrangements, die der Schule nützen und gleichzeitig Unterrichtsstrukturen produzieren, die Schülerinnen und Schülern wieder vermehrt Zeitfenster für das ehrenamtliche Engagement öffnen.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen



Politische Beteiligung darf nicht nur ein Schlagwort sein. Kinder- und Jugendarbeit hat in diesem Feld vielfältige Erfahrungen. Dies ist u. a. auch die Grundlage für die Diskussion, das Wahlalter abzusenken, vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene zu ermöglichen und Mitwirkungsrechte zu garantieren, z. B. durch eine Überarbeitung des § 41 der Gemeindeordnung.

→ **Wird Ihre Partei für eine Absenkung des Wahlalters eintreten?**

→ **Für welche weiteren Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen werden Sie sich einsetzen?**

CDU

Wir lehnen ein Wahlrecht ab 16 ab. Wahlrecht und Wählbarkeit sollen miteinander einhergehen. Für das Wahlrecht und die Wählbarkeit sollten keine verschiedenen Maßstäbe zugrunde gelegt werden. Staatsbürgerliche Rechte und Pflichten sollten miteinander gekoppelt sein. Konsequenz einer Senkung des Wahlalters wäre die Aufhebung der bisher vorliegenden sinnvollen Verknüpfung zwischen Volljährigkeit und Wahlalter. Erst mit 18 Jahren haben junge Menschen die alleinige Verantwortung für ihr Leben.

Wir laden alle dazu ein, sich in der Gesellschaft einzubringen: In den örtlichen Vereinen, im Jugendgemeinderat einer Stadt, der SMV oder in einer politischen Jugendorganisation.

Hier können Jugendliche ihre Vorstellungen einer verantwortungsvollen Politik einbringen und für Ihre Interesse eintreten. Dieses Engagement wird die CDU weiterhin fördern.



Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen stärker und spürbar verankert wird. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist für die Kommunen und das Land kein Luxus, sondern ein Standortvorteil.

Wie wichtig das ist, zeigen folgende Trends: Die Wahlbeteiligung geht in allen Altersschichten zurück. Bei der letzten Landtags-

wahl gingen 40,7 Prozent der 18- bis 20-Jährigen zur Wahl. Bei den 21- bis 24-Jährigen betrug die Wahlbeteiligung nur 31,6 Prozent. Beide Altersgruppen lagen damit deutlich unter der landesweiten Quote von 49,6 Prozent – ebenfalls ein nicht berauschender Wert. Die Zufriedenheit mit der Demokratie hängt mit der formalen Bildung zusammen. Das Vertrauen in Politik und Parteien bröckelt rapide und die Bereitschaft zum Protestwahlverhalten zugunsten von radikalen Parteien steigt an.

Die zurückgehende Wahlbeteiligung und das schwindende Vertrauen in die Politik und Parteien sind ein Warnsignal. Der Anspruch der SPD ist die Stärkung der politischen Bildung und Beteiligung, so dass sich unsere Demokratie durch eine lebendige Mitmach-Kultur kennzeichnet. Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine Stärkung des Demokratie-Lernens und der politischen Beteiligung in Baden-Württemberg. Eine Demokratiekampagne trägt dazu bei, Politik für junge und alte Menschen verständlich zu machen. Wir wollen insbesondere Kinder und Jugendliche unterstützen, ihre Interessen zu formulieren und aktiv ihre eigene Lebenswelt mit zu gestalten.

Bausteine einer Demokratiekampagne sind:

- **Früh übt sich – Beteiligung muss im Kindesalter anfangen:** die SPD will gelungene Kinderbeteiligungsprojekte, die es in einigen Kommunen im Land bereits gibt, veröffentlichen und einem größeren Publikum beispielhaft zugänglich machen.
- **Schule – von der Lehranstalt zur demokratischen Schule:** Nach dem Willen der SPD soll sich die Schulkonferenz zu je einem Drittel aus Lehrkräften, Eltern und Schülern zusammensetzen und ihre Entscheidungskompetenz erweitert werden. Der Gemeinschaftskundeunterricht soll bereits in der 5. Klasse beginnen und wieder ein eigenständiges Fach werden.

→ **Jugendarbeit – Werkstätte der Demokratie:** Die SPD will die Jugendarbeit als Ort des Demokratie-Lernens aufwerten, etwa durch die Erhöhung der Zahl der Bildungsreferenten in den Jugendverbänden. „Demokratie fördernde Maßnahmen“ sollen analog zu Bayern aus dem Landeshaushalt finanziert werden.

→ **Mitwirkung mit Wirkung – Partizipation von Jugendlichen verbessern:** Die SPD Landtagsfraktion fordert seit langem, die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung verbindlich zu verankern. Kinder und Jugendliche sollen grundsätzlich bei allen sie betreffenden Fragen politisch beteiligt werden. Gemäß dem Motto: Wer Kinder und Jugendliche in einer Kommune nicht beteiligt, muss dies begründen – nicht umgekehrt. Jugendgemeinderäte sollen ein Rede- und Antragsrecht erhalten. Die SPD-Landtagsfraktion will das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken.

Die SPD will die Landeszentrale für politische Bildung finanziell besser ausstatten, damit innovative Projekte, die besonders junge Zielgruppen ansprechen, fortgeführt werden können.



Die FDP begrüßt es, wenn sich junge Menschen möglichst früh am politischen Willensbildungsprozess beteiligen. Grundsätzlich ist eine Absenkung des Wahlalters unter Berücksichtigung veränderter Prozesse des Erwachsenwerdens junger Menschen erwägenswert. Allerdings sollte dies in einer Gesamtbetrachtung auch mit anderen Altersgrenzen geschehen: so ist es nicht einzusehen, dass ein Mensch im Alter von 17 Jahren

wählen können soll, aber nicht rechtswirksam einen Kaufvertrag abschließen kann. Hier sollte eine sorgfältige Evaluierung erfolgen, ob die bestehenden Altersgrenzen noch sachgerecht sind. Dann kann sich die FDP auch vorstellen, das Wahlalter entsprechend herabzusetzen.

Jugendliche haben ein Anrecht auf ihrem Alter gemäße Mitgestaltung des jeweiligen politischen Gemeinwesens. Nur reale Erfahrungen der Beteiligung und Mitwirkung bilden eine verlässliche Grundlage für den Aufbau demokratischer Orientierungen und Kompetenzen und sichern die Voraussetzungen dafür, dass Kinder und Jugendliche als aktive Bürger agieren können.

Es bestehen bereits vielfältige Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, die das Wahlalter noch nicht erreicht haben. Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche gibt es bereits in unterschiedlichen gesellschaftlichen Institutionen, wie z. B. der Kinder- und Jugendarbeit. Darüber hinaus können sich Kinder und Jugendliche in offenen Formen (wie z. B. Jugendforen), parlamentarischen Formen (wie z. B. Jugendgemeinderäte) und projektbezogenen Formen (wie z. B. Mitgestaltung im Schulbereich) beteiligen. In Baden-Württemberg wird die demokratische Partizipation von Kindern und Jugendlichen vielfach, vor allem auf der kommunalen Ebene, gefördert. Kinder und Jugendliche, die ernsthaft an politischen Entscheidungen beteiligt werden, machen eine zentral wichtige Erfahrung. Diese sogenannte Selbstwirksamkeitserfahrung ist letztlich Voraussetzung für späteres soziales, berufliches oder politisches Handeln.

Das im Jahr 2007 geschlossene „Bündnis für die Jugend“ würdigt auf der Grundlage der Landesverfassung den Eigenwert von außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit im Land und weist zugleich Wege in eine zukunfts-

orientierte Jugendpolitik. Die Laufzeit der Bündnisvereinbarung endet am 31. Dezember 2011. Die Partizipation Jugendlicher ist im Teil B § 2 der Vereinbarung als zentraler Entwicklungsbereich aufgeführt. Die Arbeiten zu diesem Bereich sollen bis zum Ende der Bündnislauzeit (Ende 2011) abgeschlossen werden. Die Erkenntnisse und deren Prüfung aus dem „Bündnis für die Jugend“ im Hinblick auf die Beteiligung Jugendlicher, werden Anhaltspunkte dafür geben, inwieweit Änderungen und Ergänzungen sachgerecht wären.



Die Partei der GRÜNEN setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein. Darüber hinaus ist es jedoch erforderlich, dass – wie in Antwort auf Frage 1 beschrieben – Kinder und Jugendliche die Möglichkeit erhalten, sich an Entscheidungen, die ihr direktes Lebensumfeld betreffen – und damit an kommunalpolitischen Entscheidungen – beteiligen können. Hierbei müssen nicht nur Anhörungsrechte gestärkt werden, sondern insbesondere Foren und Maßnahmen zur aktiven Planung und Mitsprache geschaffen werden. Jugendgemeinderäte können nach Auffassung der GRÜNEN hierbei eine wichtige Institution für die Beteiligung von Jugendlichen darstellen. Die rechtliche Stellung der Jugendgemeinderäte im Gemeinderat und den Ausschüssen (§41 Gemeindeordnung) ist durch ein verbindliches Antrags- und Rederecht zu stärken.

Über den rechtlichen Rahmen hinaus ist es jedoch insbesondere erforderlich, eine Beteiligungskultur zuschaffen, welche zu Beteiligung und Mitsprache ermuntert. Hierzu gehört insbesondere für junge Menschen, dass sich Planungsprojekte nicht über Jahre hinweg ziehen oder nach langer Zeit im Sande verlaufen. Nur wenn sich diese Beteiligungskultur auch für die Einbeziehung junger

Menschen in kommunalpolitische Anliegen öffnet, können Beteiligungsformen Erfolge erzielen!

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

DIE LINKE hat in ihrem Wahlprogramm (S. 34) festgeschrieben, dass das Wahlalter in Baden-Württemberg gesenkt werden soll: ab dem 16. Lebensjahr sollen Jugendliche wahlberechtigt sein. Die Erfahrungen in anderen Ländern, wo dies bereits umgesetzt wurde, machen deutlich, dass die Absenkung des Wahlalters zwar eine wichtige Voraussetzung ist, um Jugendliche für Politik zu interessieren, dies allein aber noch nicht ausreicht. Das Einüben von demokratischer Beteiligung ist vom Kindergarten an wichtig.

Kinder und Jugendliche müssen Beteiligung von klein auf in altersgerechter Weise lernen können (ähnlich wie bei der Medienkompetenz). Die Jugendarbeit hat hierzu vielfältige

Projekte und Maßnahmen entwickelt, wie z. B. die modellhafte Beteiligung Jugendlicher an der Kreisjugendplanung im Rems-Murr-Kreis. Jugendforen und die Wiederbelebung der in Baden-Württemberg ausgeprägten selbstverwalteten Jugendzentren sind weitere wichtige Maßnahmen. Auch Jugendgemeinderäte sind zu begrüßen, haben aber den Nachteil, dass sich hier vor allem jugendliche und junge Erwachsene betätigen, die sich auf die Rituale von Gremienarbeit einlassen können.

Ein Gesetzentwurf der LINKEN zu Einwohneranträgen in Baden-Württemberg sieht vor, dass sich ab dem 14. Lebensjahr alle Einwohner einer Gemeinde, eines Landkreises oder auch des Landes insgesamt mit Anträgen an den Gemeinderat, den Kreistag bzw. den Landtag wenden können. Bei ausreichender Unterschriftenzahl müssen diese Gremien die gestellten Anträge dann behandeln und entscheiden.

Ausbildung und Arbeit



Trotz vielfältiger Bemühungen gibt es immer noch eine zu hohe Jugendarbeitslosigkeit. Vor allem für chancenarme Jugendliche werden die Perspektiven schlechter, ihre soziale und berufliche Integration ist erschwert. Der Übergang von der Schule in den Beruf muss aktiv gestaltet und die Förderung und Qualifizierung von jungen Menschen gewährleistet werden.

- Was wird Ihre Partei tun, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu fördern?
- Wie steht Ihre Partei zur finanziellen Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen?
- Was werden Sie dazu beitragen, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz erhalten?

CDU

Baden-Württemberg hat europaweit die niedrigste Quote bei der Jugendarbeitslosigkeit (derzeit 2,7 %). Nichtsdestotrotz will die CDU in diesem Bereich noch besser werden. Die Berufs- und Studienorientierung in allen allgemein bildenden weiterführenden Schulen hat einen deutlich höheren Stellenwert erhalten, auch durch Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen: Zum Schuljahresende 2010/2011 werden über 70 % aller allgemein bildenden weiterführenden Schulen eine Bildungspartnerschaft aufgebaut haben. Zentrales Ziel dieser Kooperationen ist die Gestaltung des Übergangs von der Schule in folgende Bildungs- und Ausbildungsgänge. Mit der Werkrealschule geht die CDU-geführte Landesregierung einen innovativen Weg. Zudem enthält das neue Bündnis für Ausbildung eine Fülle an weiterentwickelten Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsreife von Jugendlichen. Für die CDU Baden-Württemberg steht fest: Jeder Jugendliche soll einen Ausbildungsplatz erhalten! Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich zu einem „Pakt für Chancengleichheit“ mit den Kommunen verpflichten, den Einsatz von pädagogischen Assistenten auszubauen, während die Kommunen den Ausbau der Schulsozialarbeit übernehmen.

Die CDU-geführte Landesregierung hat zusammen mit der Wirtschaft, der Agentur für Arbeit und erstmals auch den Gewerkschaften das neue Bündnis für Ausbildung abgeschlossen. Die Wirtschaft plant, 7.600 neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Landesregierung sagte darin zu, alle entsprechenden Maßnahmen zu unternehmen, um die Ausbildungsreife der Auszubildenden zu gewährleisten. Es wurde u. a. vereinbart, dass jeder ausbildungswillige Jugendliche ein Ausbildungsangebot erhält oder die kontinuierliche Berufsorientierung in den Schulen gefördert wird. Mit dem neuen Bündnis rückt die Landesregierung besonders junge Menschen mit weniger guten Startchancen ins Blickfeld.

SPD

Die SPD verfolgt das Ziel, allen jungen Menschen das Recht auf eine Ausbildung zu gewährleisten und ihnen die soziale und berufliche Integration zu ermöglichen. Bereits im 7. Schuljahr der allgemein bildenden Schulen sollen Schüler hinsichtlich ihrer Motivation und Kompetenz zur beruflichen Orientierung durch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer in Kooperation mit der Bundesagentur für Ar-

beit diagnostiziert werden, um entsprechenden Defiziten frühzeitig entgegen zu wirken. Parallel muss eine Berufsorientierung hinsichtlich der Möglichkeiten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt stattfinden, welche in Kooperation mit den Betrieben und unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten stattfindet. Lehrer, die im Bereich der Berufsorientierung tätig sind, werden durch entsprechende Fortbildungen auf diese Aufgabe vorbereitet. Schulabsolventen, denen im Anschluss an die allgemein bildende Schule die Einmündung in eine duale Ausbildung nicht gelingt, sollen auf der Grundlage einer Kompetenzpotenzialanalyse entweder in Maßnahmen einmünden, deren Zielsetzung in der Ausbildungsreife besteht, oder in Maßnahmen, die auf die Erreichung eines Ausbildungsabschlusses in einem anerkannten Ausbildungsberuf zielen. Jugendliche mit lediglich punktuellm Förderbedarf sollen verstärkt auf Modelle der assistierten Ausbildung zurückgreifen können, um durch individuelle Unterstützungsmaßnahmen eine Ausbildung aufnehmen und erfolgreich abschließen zu können. Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsreife sollen dual ausgerichtet sein und insbesondere Betriebe bzw. alternativ überbetriebliche Ausbildungsstätten einbeziehen. Diese Maßnahmen setzen intensiv und individuell bei den diagnostizierten Schwierigkeiten der Jugendlichen an.

Nach erfolgreichem Maßnahmenabschluss wird ein verbindlicher Übergang in eine betriebliche oder subsidiäre Ausbildung gewährleistet. An beruflichen Schulen sollen in Kooperation mit überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Betrieben oder Bildungsträgern subsidiär betriebsnahe Ausbildungsgänge geschaffen werden, welche sich inhaltlich und organisatorisch an einem dualen Ausbildungsgang orientieren und mit einer Kammerprüfung abgeschlossen werden. Auf diese Weise kann ein Recht aller Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz verwirklicht werden.

Für eine bestmögliche individuelle Förderung aller jungen Menschen setzt sich die SPD für einen stufenweisen Ausbau von Ganztagsangeboten an all den beruflichen Schularten ein, an denen eine verstärkte sozialpädagogische Betreuung der Schüler pädagogisch angebracht erscheint. Alle Bereiche des beruflichen Bildungswesens müssen ressort- und schulformübergreifend mit sozialen Diensten zur Förderung benachteiligter Jugendlicher vernetzt werden. Schulsozialarbeit muss deshalb als Landesaufgabe definiert und anteilig vom Land mitfinanziert werden.



Die Enquête-Kommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ hat diesen für junge Menschen herausragend wichtigen Lebensabschnitt umfassend beleuchtet. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche bereits an den allgemein bildenden Schulen mit für sie interessanten Berufen in Berührung kommen und die Berufsorientierung in den Schulen wesentlich verbessert wird. Den Denkansatz der „Ausbildungsbotschafter“ wollen wir umsetzen. Die neue Werkrealschule bietet eine echte Chance für eine frühere und breiter aufgestellte Berufsorientierung. Wir treten für eine Öffnung der bisher nur auf zehn Profile der zweijährigen Berufsfachschule beschränkten Kooperationsmöglichkeiten in Klasse 10 ein. Es sollten auch Berufsbilder der einjährigen Berufsfachschule einbezogen werden können. Des Weiteren treten wir für einen zielgerichteten Ausbau der Berufskollegs ein. Die duale Berufsausbildung ist für uns der zentrale Schlüssel zum beruflichen Erfolg, ergänzt um die Studiengänge. Wir lehnen „Warteschleifen“ in schulischen Maßnahmen ab. Wichtig sind die Anschlussmöglichkeiten nach dem Abschluss. Die Durchlässigkeit zur Hochschule wurde we-

sentlich verbessert. Auf diesen erfolgreichen Wegen wollen wir tatkräftig im Sinne unserer jungen Menschen fortschreiten.

Nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion kann die Bedeutung der Schulsozialarbeit für ein gedeihliches Miteinander an den Schulen nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir müssen unsere Schulen zunehmend als Lebensräume begreifen und sie entsprechend gestalten. Deshalb freuen wir uns, dass die Zahl der Schulsozialarbeiter in Baden-Württemberg kontinuierlich auf rund 700 erhöht wurde. Im Rahmen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen“ konnten im gesamten Bereich deutliche Verbesserungen erzielt werden. Entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses wird bis zum Jahr 2012 die Zahl der Schulpsychologen von 100 auf 200 Stellen landesweit erhöht. Die Zahl der 1600 derzeit tätigen Beratungslehrkräfte wird bis 2016 verdoppelt, was insgesamt 215 Deputaten entspricht. Verdoppelt wird auch die Zahl der 70 derzeit aktiven Gewaltpräventionsberater. Schließlich wird die Gewaltpräventionsarbeit nach Dan Olweus fester Bestandteil des Schulprogramms in allen Schulen. Auch durch diese Maßnahmen wird sich das soziale Klima an unseren Schulen deutlich verbessern.

Was die Rechtslage angeht, ist die Jugendsozialarbeit nach § 13 des achten Sozialgesetzbuchs Aufgabe der Jugendhilfe und damit der Kommunen. Die seinerzeit vom Land vorgenommene Bezuschussung der Schulsozialarbeit verstand sich als einmaliger und freiwilliger Beitrag, der als Anschubfinanzierung insbesondere an Schulen in sozialen Brennpunkten dienen sollte. Unabhängig davon halten wir Liberalen an unserem Vorschlag fest, im Rahmen der Personalkostenbudgets den Schulen die Möglichkeit zu geben, auch einen Schulsozialarbeiter einzustellen. Auf diese Weise werden die Schulen

bedarfsgerecht Schulsozialarbeit einführen, und das Land leistet indirekt einen Beitrag zur Förderung der Schulsozialarbeit

Am 20.12.2010 wurde das Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg unterzeichnet. In diesem Rahmen sollen 7.600 neue Ausbildungsplätze gewonnen werden. Schon heute ist die Situation in Baden-Württemberg im europäischen Vergleich herausragend positiv: Die Jugendarbeitslosigkeit wies im November 2010 eine Quote von 2,8 Prozent auf. Zum Stichtag 30. September 2010 waren noch 520 jungen Menschen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Dem standen rein rechnerisch fünf offene Stellen je Bewerber gegenüber. Durch eine Fortführung unserer erfolgreichen Bildungs- und Wirtschafts- sowie Wissenschaftspolitik werden wir dafür sorgen, dass auch weiterhin Baden-Württemberg wesentlich besser dasteht als unsere Wettbewerber. Baden-Württemberg ist zum Beispiel laut Innovationsindex 2010 innerhalb der Europäischen Union nach wie vor auf Platz 1 im Bereich der Innovationsfähigkeit. Mit 71,7 Punkten liegen wir mit großem Abstand vor Bayern, der Nr. 2, das 57,9 Punkte für sich beanspruchen kann. Insbesondere durch unsere mittelstandsorientierte Innovations- und Wachstumspolitik werden wir jedem Jugendlichen – auch denen mit besonderem Unterstützungsbedarf – Perspektiven eröffnen. Dabei dürfen freie Berufe und selbstständiges Unternehmertum nicht übersehen werden.

Ein gelungener Übergang von der Schule in den Beruf hängt insbesondere davon ab, wie gut junge Menschen über Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt sowie über persönliche Fähigkeiten und Neigungen informiert sind, als auch davon, wie bereitwillig die Wirtschaft zukunftsfähige Ausbildungsplätze bereitstellt.

Berufsorientierung und -vorbereitung muss daher bereits frühzeitig während der letzten Jahre der allgemeinbildenden Schulzeit ansetzen. Hierbei müssen nicht nur vorhandene Chancen auf dem Arbeitsmarkt dargestellt werden, sondern insbesondere auch individuelle Fähigkeiten der jungen Menschen herausgearbeitet werden, um deutlich zu machen, welche Potenziale bereits vorhanden sind und welche noch nachgeholt werden müssen. Eine frühzeitige Berufsorientierung trägt wesentlich dazu bei, dass Schülerinnen und Schüler motivierter ihre Schulzeit zu Ende bringen und die für den Beruf erforderlichen Qualifikationen erlernen.

Darüber hinaus brauchen junge Menschen eine individuelle und persönliche Begleitung im Übergang zwischen Schule und Ausbildung. Nach Ansicht der GRÜNEN darf es nicht sein, dass junge Menschen von einer Maßnahme zur nächsten verwiesen werden, sondern sie brauchen eine feste Ansprechperson, welche sie bis zum erfolgreichen Eintritt in ein Ausbildungsverhältnis begleitet.

Jugendsozialarbeit an Schulen ist inzwischen zum notwendigen und festen Bestandteil der Arbeit an Schulen geworden. Nach Auffassung der GRÜNEN gehört Sozialarbeit an Schulen zum Bildungsauftrag des Landes und sollte daher entsprechend den Landesaufgaben durch den Landeshaushalt finanziert werden.

Zahlreiche Kommunen sehen sich angesichts der gewaltigen Finanzlast durch den Ausbau der Kinderbetreuung nicht in der Lage, darüber hinaus für ein flächendeckendes Angebot an Schulsozialarbeit zu sorgen. Um gleichwertige Lernverhältnisse im Land zu schaffen, ist daher eine Finanzierung der Sozialarbeit an Schulen von Seiten des Landes dringend geboten.

Im dualen Ausbildungssystem gelingt es hervorragend, bereits während der Ausbildung eine Praxis- und Betriebsnähe herzustellen, wie sie in keinem reinen Schulalltag simuliert werden kann. Dennoch zeigte sich in den vergangenen Jahren deutlich, dass das duale Ausbildungssystem insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten nicht in der Lage ist, allen jungen Menschen ein attraktives oder adäquates Ausbildungsverhältnis anzubieten.

Insbesondere Jugendlichen, die über einen Hauptschulabschluss oder keinen guten mittleren Bildungsabschluss verfügen, gelingt es immer weniger, direkt im Anschluss an die allgemeinbildende Schulzeit in einem Ausbildungsverhältnis unterzukommen. Sie gelangen in Warteschleifen und Überbrückungsmaßnahmen.

Nach Ansicht der GRÜNEN ist es erforderlich, dass alle jungen Menschen ein Recht auf Ausbildung haben, da eine Berufsausbildung die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Selbstständigkeit ist. In Zeiten, in denen von Seiten der Wirtschaft nicht ausreichend Ausbildungsplätze bereitgestellt werden, ist es daher erforderlich, dass schulische, bzw. betriebsnahe Ausbildungsplätze für diese jungen Menschen angeboten werden. Eine Kammerprüfung am Ende des schulischen Ausbildungsgangs soll sicherstellen, dass dieser gegenüber einer Ausbildung im dualen System als gleichwertig angenommen wird.

Letztlich muss in den Schulen die Vorbereitung auf den Übergang zum Beruf früher beginnen, die Zusammenarbeit der dabei relevanten Akteure muss verbessert und das Angebot darauf abzielender Veranstaltungen ausgebaut werden. Alle diese Maßnahmen werden aber erfolglos verpuffen, wenn nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, denn dann nützt auch die beste „Qualifizierung“ und Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt nichts, wenn strukturell ein großer Teil der Jugendlichen gar keinen Arbeitsplatz finden kann. DIE LINKE hat in ihrem Wahlprogramm zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen entwickelt. Diese unterscheiden sich grundlegend von den – gescheiterten – Rezepten anderer Parteien.

Sowohl CDU/FDP als SPD/Grüne haben in ihrer Regierungszeit den Niedriglohnssektor immer weiter ausgebaut (Stichwort „Ein-Euro-Jobs“) und Arbeitssuchende mit der Drohung des sozialen Absturzes konfrontiert (Stichwort „Hartz IV“). Durch derart geringe Einkommen werden immer größere Teile der Bevölkerung von der sozialen Teilhabe ausgegrenzt, die gesamtgesellschaftliche Nachfrage sinkt und die Abwärts-Spirale setzt sich fort. DIE LINKE hält dies für einen zu überwindenden Irrweg. Als erste Partei hat sie z. B. Mindestlöhne gefordert, um diesen Trend umzukehren.

Baden-Württemberg ist mittlerweile das rückständigste Bundesland, was die Landesfinanzierung von Schulsozialarbeit angeht. Ministerpräsident Mappus will weiterhin die klammen Städte und Gemeinden bei der Aufbringung der Mittel alleine lassen. Aber es hat sich längst herumgesprochen, dass sich Schulsozialarbeit bewährt hat und angesichts der Vielzahl sozialer Defizite und der immer noch schlechten Personalschlüssel bei der Lehrerausstattung geradezu unverzichtbar ist.

Die Landesregierung hat die Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen, unter Heranziehung des Europäischen Förderprogramms „Projekte zur Vermeidung von Schulverweigerung und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs“ ein qualifiziertes landesweites Schulsozialarbeitsprogramm zu entwickeln. Wenn es ein Folgeprogramm nach 2013 gibt, muss das Land Baden-Württemberg bei gleichzeitiger Bereitstellung eigener Mittel an diesem Programm teilnehmen.

DIE LINKE will das Recht auf einen Ausbildungsplatz durchsetzen (festgeschrieben in unserem Wahlprogramm auf Seite 5). Dazu müssen ausbildungsfähige Betriebe, die keine oder nur wenige Ausbildungsplätze anbieten, stärker belastet werden, während Betriebe, die eine angemessene Zahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen, stärker gefördert werden sollen.

Die Arbeitslosigkeit insgesamt abzubauen, bleibt ein zentrales Ziel der Politik der LINKEN. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist das wichtigste Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. In einem ersten Schritt fordern wir die Absenkung der Wochenarbeitszeit für Landesbeschäftigte auf 35 Stunden in der kommenden Legislaturperiode. Öffentlich geförderte Beschäftigung im Sozial-, Bildungs- und Umweltbereich werden wir unterstützen.

Migration

? Obwohl Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund mit ca. 33 Prozent bei den unter 25-jährigen einen großen Anteil der jungen Menschen in Baden-Württemberg darstellen, sind sie immer noch von verschiedensten Benachteiligungen betroffen.

- **Wie wollen Sie die Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig verbessern und Diskriminierung abbauen?**
- **Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Kinder- und Jugendorganisationen von MigrantInnen unterstützen?**

CDU

Neben der intensiven Förderung der deutschen Sprache in Kindergarten und Schule setzt die CDU auf neue Maßnahmen, wie beispielsweise die landesweite Ausdehnung des Stuttgarter Projekts „Migranten machen Schule!“. Mit unserem durchlässigen Bildungssystem, speziell den verschiedenen Bildungsgängen der beruflichen Schulen wie z. B. das BVJ oder das BEJ, den zur Fachschulreife führenden Berufsfachschulen, der Berufskollegs und den beruflichen Gymnasien ermöglichen wir Aufstieg durch Bildung. Wir wollen auch, dass mehr Schulabsolventen mit Migrationshintergrund ein Studium aufnehmen. Dafür werden wir spezielle Coaching-Programme anbieten.

Für eine gelingende Integration ist das Mitwirken aller gesellschaftlichen Kräfte notwendig. Die CDU wird die bisherigen Maßnahmen weiterentwickeln. Ansatzpunkte sind die im Rahmen des Bündnisses für die Jugend durchgeführte Integrationsoffensive der Kinder- und Jugendarbeit, durch die die Träger vor Ort bei der Planung und Umsetzung ihrer Integrationsprojekte fachlich beraten und finanziell unterstützt werden. Auch die gezielte Förderung von Jugendverbänden der Migrantorganisationen wird die CDU fortführen.

SPD

Die SPD fordert bessere Bildungschancen für alle jungen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Hierfür muss jeder junge Mensch besser individuell gefördert werden. Die individuelle Förderung muss so früh wie möglich einsetzen. Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, dass die frühkindliche Bildung gestärkt wird. Wir halten folgende Maßnahmen für vordringlich:

- konsequente Sprachförderung: integriert im Kindergartenalltag für alle Kinder
- Ergänzung durch individuelle Sprachförderung für Kinder mit besonderem Förderbedarf von Beginn des Kindergartens an und wenn nötig auch in der Grundschule
- Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren mit Sprachförderung, Bildungs- und Gesundheitsangebote auch für die Eltern; ergänzt um aufsuchende Elternarbeit
- Ausbau der Ganztagsplätze
- Einstieg in die Beitragsfreiheit, beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr

Auch in der Schule gibt es noch viel zu tun, damit alle jungen Menschen bessere Bildungschancen haben, so z. B. mit folgenden Maßnahmen:

- Ausbau qualitativ hochwertiger Ganztagschulen inkl. „1 Euro-Mittagessen“

- Schulsozialarbeit als Bestandteil des pädagogischen Konzepts der Schule und mit finanzieller Beteiligung des Landes (Drittelfinanzierung)
- Förderung und Anerkennung der Muttersprache bei gleichzeitiger Öffnung des muttersprachlichen Unterrichts für alle Schüler
- längeres gemeinsames Lernen anstatt Trennung der Kinder nach der 4. Klasse

Im Bereich der beruflichen Bildung hält es die SPD für vordringlich:

- Mentorenprogramm zur Unterstützung beim Übergang von Schule zu Ausbildung ausbauen
- ausbildungsvorbereitende/berufsbezogene Deutschförderung
- Förderung von berufsbezogenen herkunftssprachlichen Kenntnissen
- Anonymisierung der Bewerbungsunterlagen (an einem Pilotprojekt nehmen u. a. das Bundesfamilienministerium und die Bundesagentur für Arbeit NRW teil)

Im gesellschaftspolitischen Bereich fordert die SPD:

- Anerkennungskultur entwickeln
- Migrantenselbstorganisation unterstützen und in „hiesiges“ Vereinsleben einbinden
- Quartiermanagement/integrative Stadtplanung
- Präventionsmaßnahmen im strafrechtlichen Bereich ausbauen

FDP
Die Liberalen

Eine erfolgreiche Ausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund ist das Kernelement erfolgreicher Integrationsarbeit. Die Entwicklung und Durchführung des landesweiten Projekts „Integration gemeinsam schaffen – für eine erfolgreiche Bildungspartnerschaft mit Eltern mit Migrationshintergrund“ ist

hier als sinnvolles Projekt zu nennen, das das Land gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung und der Breuninger Stiftung verfolgt. Ziel des Projektes ist es, die Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Die Rolle der Eltern wird dabei als eine zentrale betrachtet, es geht um eine enge Zusammenarbeit zwischen den Eltern und den Bildungseinrichtungen („Bildungspartnerschaft“). Unter anderem soll diese erfolgreiche Arbeit fortgeführt werden.

Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen mit Migrationshintergrund sind uns ebenfalls ein großes Anliegen. Die bisher erfolgte Förderung des „Landesverbandes kommunaler Migrantenvvertretungen Baden-Württemberg (LAKA)“ fördert die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und damit auch der jungen Menschen. Diese erfolgreiche Arbeit soll fortgesetzt werden.



Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen setzen voraus, dass bereits Kinder im Kindergartenalter über ein ausreichendes Sprachverständnis verfügen. Wir GRÜNEN wollen daher gerade Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund für die Kleinkindbetreuung gewinnen, da sie in besonderer Weise von einer qualifizierten Förderung, insbesondere der Sprachförderung, profitieren.

Durch die gezielte Anwerbung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund und hoher interkultureller Kompetenz können Schülerinnen und Schüler während der Schulzeit Unterstützung und Vorbilder erfahren. Die Einführung von Lernpaten und Bildungslotsen für Kinder mit Migrationshintergrund soll eine individuelle Begleitung und Unterstützung während der Schulzeit ermöglichen.

Auch ein Ausbau von rhythmisierten Ganztagesangeboten kann jungen Menschen mit Migrationshintergrund eine wesentliche Unterstützung bei der Integration bieten und Rahmenbedingungen für ein gemeinsames Lernen schaffen.

Kinder- und Jugendorganisationen von MigrantInnen sind ein wesentlicher Dreh- und Angelpunkt für zahlreiche MigrantInnen, an den es anzuknüpfen, und den es einzubeziehen gilt. Insbesondere hinsichtlich der Frage von Bildungschancen und Perspektiven für junge MigrantInnen stellen die Kinder- und Jugendorganisationen von MigrantInnen ein Potenzial dar, welches bislang noch nicht ausreichend genutzt wurde.

Die feste Verankerung der Integrationsoffensive und die institutionelle Förderung von Vereinen, Verbänden und Initiativen junger MigrantInnen im Landesjugendplan sind für eine gelingende Integrationsarbeit von besonderer Bedeutung.

Die GRÜNEN wollen Kinder- und Jugendorganisationen von MigrantInnen und solche, die mit Migrantinnen und Migranten arbeiten, durch die Schaffung von Freiwilligendienststellen unterstützen. Dadurch würden die Organisationen personell unterstützt. Gleichzeitig könnten junge Menschen einen Einblick in fremde Kulturen erhalten (interkulturelles Lernen).

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Es geht hier auch darum, dass die Jugendverbände sich ihrer eigenen „blinden Flecke“ bewusst werden, d. h. dass in der Verbandsarbeit Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich unterrepräsentiert sind. Andererseits ist es kein Zufall, dass jene Länder, die uns bildungspolitisch voraus sind, mehr Geld in die frühkindliche Bildung investieren als in die

anschließenden schulischen und universitären Ausbildungswege, so etwa nach dem dänischen Prinzip „Für die Jüngsten das Meiste“.

Statt Konzepte von der Grundschule auf die Kindergärten zu übertragen oder zweifelhafte „Frühhilfsprogramme“ zu entwickeln, geht es um Aufmerksamkeit, Zuwendung, individualisierten Spracherwerb, spielerisches Lernen und eine intensive Einbindung der Eltern. Dies kann nur möglich gemacht werden, wenn die Betreuungsschlüssel internationalen Maßstäben angeglichen werden. Ein Betreuer oder eine Betreuerin kommt hier auf 7 bis 8 Kinder.

Die Vermittlung von interkultureller Kompetenz in der Jugendarbeit ist ein weiterer wichtiger Faktor, dies auch vor dem Hintergrund der besonderen Schwierigkeit, dass in weiten Teilen der Migrationsdebatte leider eine Rückkehr zum Devianz- und Defizitansatz zu verzeichnen ist.

Aufgabe für Jugendarbeit ist demnach die Unterstützung aller Versuche, die Jugendliche mit Migrationshintergrund auf der Suche nach kultureller Neuverortung unternehmen. Das kann sehr wohl auch zu Konflikten mit jenen Ausländerorganisationen führen, die Jugendliche als „natürliches“ Rekrutierungsfeld für ihre nationalistischen oder religiös-fundamentalistischen Bestrebungen sehen.

Jugendliche mit Migrationshintergrund sind bis jetzt zu wenig in der Verbandarbeit verankert. Dies gilt auch für die Feuerwehr und andere Rettungsdienste. In Baden-Württemberg bedarf es einer umfassenden Sensibilisierung und Qualifizierung der haupt- und ehrenamtlichen Akteure. Man muss feststellen, dass es in vielen Verbänden eine stillschweigende Ignoranz des Umstandes gibt, dass sich die im Verband Tätigen kaum aus Jugendlichen mit Migrationshintergrund rekrutieren.

Zukunftsfähigkeit



Die Sicherung der Lebensgrundlagen und nachhaltiges Wirtschaften mit unseren Ressourcen ist gerade für Kinder und Jugendliche von großer Bedeutung. Wie stellen Sie sich die Zukunft der Energieversorgung vor?

CDU

Die CDU will die Wende in die erneuerbaren Energien erreichen. Wir stehen für eine verantwortungsvolle Energiepolitik unter drei Prämissen: Preisstabilität, Versorgungssicherheit und Klimaschutz. Um diese Ziele zu erreichen, benötigen wir derzeit noch die Kernenergie als Brückentechnologie. Für uns steht fest, dass den regenerativen Energien die Zukunft gehört. Ab 2018 werden wir die Kernkraftwerke im Land nach und nach vom Netz nehmen.

Mit der maßvollen Laufzeitverlängerung gewinnen wir Zeit, die Erforschung der erneuerbaren Energien und den dringend notwendigen Netzausbau weiter voranzutreiben.

SPD

Wir wollen unsere Energieversorgung so umbauen, dass wir bei weniger Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung saubere Wärme- und Bewegungsenergie sowie Strom produzieren. Dazu wollen wir die Atomkraftnutzung, wie 2001 festgelegt, bis 2022 vollständig beenden, die beiden alten AKW in Neckarwestheim und Philippsburg umgehend abschalten und keine neuen Kohlekraftwerke bauen.

Zugleich sollen die Erneuerbaren Energien massiv ausgebaut werden. So wäre es z. B. beim Strom möglich, uns bis 2020 zu 40 % und bis 2050 zu 100 % aus Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Erdwärme zu versorgen. Die starke Wärmedämmung aller neuen Gebäude sowie Sanierung aller bestehenden

älteren Gebäude spart wiederum den größten Anteil der Wärmeenergie, so dass sich der „Rest“ des Wärmebedarfs über Solar Kollektoren, Blockheizkraftwerke und Erdwärme abdecken lässt.

FDP

Die Liberalen

Wir wollen langfristig eine wirtschaftliche und umweltfreundliche Energieversorgung weitgehend mit erneuerbaren Energieträgern anstreben; dies ist auch mit Blick auf das dort erkennbare enorme Wertschöpfungspotenzial gerade aus Sicht eines exportorientierten Landes nicht nur energie- und umweltpolitisch, vielmehr auch technologisch geboten.

Bis dahin wollen wir einen ausgewogenen Energiemix aus fossilen Energieträgern, Kernkraft und erneuerbaren Energien gewährleisten, der die Vor- und Nachteile einzelner Energieträger hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Verfügbarkeit und Umweltverträglichkeit ausgleicht. In diesem Zusammenhang stehen wir zur Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke, da so eine vermehrte Nutzung fossiler Energieträger und damit eine Gefährdung der nationalen Klimaschutzziele vermieden wird und Sicherheitsrisiken nicht in Nachbarländer transferiert werden. Durch die vereinbarten zusätzlichen Abgaben der Kernkraftwerksbetreiber soll der Übergang in ein regeneratives Zeitalter weiter vorangetrieben werden. Die aus der Laufzeitverlängerung resultierenden zusätzlichen elektrischen Leistungen sollen primär die klimabelastenden fossilen Kraftwerke ersetzen.



Die GRÜNEN lehnen die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossenen Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke ab. Eine zukunftsfähige und klimafreundliche Energieversorgung verfolgt dabei drei Aspekte: Erneuerbare Energien müssen einen deutlichen Ausbau erfahren, Wirtschaft wie Privathaushalte müssen zu einem sparsamen Umgang mit Energie angehalten werden und Energie-effiziente Produkte müssen gegenüber alten Stromfressern eine deutliche Förderung erfahren.

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

DIE LINKE steht für die Einheit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und eine zukunftsfähige Politik der ökologischen Erneuerung. Um die Klimaerwärmung auf 2 Grad zu begrenzen, muss bis 2050 der CO₂-Ausstoß weltweit um 80 (!) Prozent vermindert werden. Andernfalls drohen unvorstellbare

ökologische Katastrophen. Gleichzeitig bedroht der durch Kernkraftwerke produzierte Atommüll zukünftige Generationen, denn es ist nach wie vor völlig unklar, wo oder wie dieser hochradioaktive Müll für mehrere zehntausend Jahre sicher gelagert werden soll. Wird davon irgendwann einmal etwas freigesetzt, werden Millionen den Strahlentod sterben. Es ist deshalb völlig unverantwortlich, diesen Atommüll heute weiter zu produzieren.

DIE LINKE fordert:

- den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie,
- den sofortigen Bau- und Planungsstopp neuer Kohlekraftwerke, um der Klimakatastrophe zu begegnen,
- den raschen Ausbau erneuerbarer Energien, die bis zum Jahr 2020 mindestens 40 Prozent des Strombedarfs zu decken haben, insbesondere die verstärkte Nutzung der Windenergie, die die CDU/FDP-Regierung in Stuttgart bis heute sträflich vernachlässigt hat.

Wie soll es Ihrer Meinung nach mit Stuttgart 21 weitergehen?

CDU

Die CDU Baden-Württemberg steht uneingeschränkt zum Bahnprojekt Stuttgart – Ulm. Das Vorhaben ist ein zentrales Zukunftsprojekt im Schienenverkehr unseres Landes. Wir stärken damit nicht nur den schnellen Personenverkehr auf Hochgeschwindigkeitsstrecken. Stuttgart 21 bringt erhebliche Verbesserungen im Regionalverkehr, stellt eine umweltpolitische Maßnahme dar und schafft neue Arbeitsplätze. Diese Chance der Landesentwicklung müssen wir nutzen. Sie sichert unseren Wohlstand. Wir setzen alles daran, den Schlichterspruch zügig umzusetzen. Das betonte auch Ministerpräsident Stefan Mappus in seinem „7-Punkte Programm für die Zeit nach der Faktenschlichtung“. Wer wirklich an mehr Bürgerbeteiligung interessiert ist, der muss den Schlichterspruch annehmen.

SPD

In der Sache steht die SPD für die Umsetzung des Bahnprojekts S 21. Aber kein Bauvorhaben, kein Infrastrukturprojekt ist es wert, dass eine Gesellschaft darüber ihren inneren Zusammenhalt verliert. Leider kam Ministerpräsident Mappus erst dann zu der Einsicht, dass er sich in einer Sackgasse verrannt hatte, nachdem der Konflikt um S 21 mit dem Polizeieinsatz im Schlossgarten völlig aus dem Ruder gelaufen war. Dem Vorschlag der SPD, die gefährliche Lage mit einer Volksabstimmung zu entschärfen, erteilte er jedoch mit vorgeschobenen rechtlichen Argumenten eine Abfuhr.

Um vor den Augen der Öffentlichkeit die politische Verantwortung für den harten Polizeieinsatz am 30.09.2010 im Stuttgarter

Schlossgarten offenzulegen, hat die SPD-Landtagsfraktion einen Untersuchungsausschuss beantragt, der seine Ergebnisse bis Ende Januar 2011 dem Parlament vorlegen soll.

Es dämmerte offenbar auch der Landesregierung: Mit Wasserwerfern und Pfefferspray kann man in einem demokratischen Rechtsstaat heutzutage kein Großprojekt durchpeitschen. Bekanntermaßen ließ sich die Landesregierung dann doch mehr oder weniger widerwillig und getrieben von der aufgeheizten Stimmung auf den Weg der Fach- und Sachschlichtung unter Moderation von Heiner Geißler lotsen. Der Schlichter gab in seinem Spruch schlussendlich grünes Licht für den Weiterbau von S 21, knüpfte dies aber an Auflagen, die das Bahnprojekt zu „S 21 plus“ aufwerten sollen. Im Fokus steht dabei ein sogenannter Stresstest, der die Leistungsfähigkeit des Bahnhofs insbesondere in Spitzenzeiten überprüfen soll.

Die SPD-Fraktion hat im Lichte der Schlichtung ihre Position in vier Punkten präzisiert:

1. Es ist gut, dass als Ergebnis der Schlichtung S 21 und die NBS Ulm-Wendlingen realisiert werden sollen.
2. Nein zum verkehrstechnisch und städtebaulich schlechteren K 21.
3. Ja zum Stresstest und zur Realisierung nötiger Investitionen durch die Bahn.
4. Engagement für S 21 und die NBS bei einer landesweiten Volksabstimmung zur finanziellen Beteiligung des Landes.

Wir werden die Neuordnung des Eisenbahnknotens Stuttgart durch Umgestaltung des alten Kopfbahnhofs in einen modernen Durchgangsbahnhof sowie den Neubau der Schnellfahrstrecke zwischen Wendlingen und Ulm realisieren. Das Votum für Stuttgart 21 und für die Neubaustrecke nach Ulm ist die wichtigste verkehrspolitische Weichenstellung seit Gründung unseres Landes. Bahn und Bund werden allein im Rahmen dieses Projektes bis zum Jahr 2020 über 4,5 Milliarden Euro in Baden-Württembergs Schieneninfrastruktur investieren. Durch die Umwandlung des alten Kopfbahnhofs in einen modernen, unterirdischen Durchgangsbahnhof kann Stuttgart besser in das europäische Schienennetz der Zukunft einbezogen werden. Die Magistralen Paris-Budapest und Amsterdam-Sizilien werden dann nicht mehr durch einen unzeitgemäßen Kopfbahnhof in unserer Landeshauptstadt unterbrochen, sondern Stuttgart und das ganze Land rücken durch kürzere Reisezeiten näher an zentrale Wirtschaftsräume in Nord, Süd, Ost und West. Auch der gesamte Regionalverkehr wird leistungsfähiger und bequemer: Durch die neue Anbindung des Flughafens Stuttgart rücken Innenstadt, Flughafen und Messegelände näher zusammen. Aus dem ganzen Land werden der Ballungsraum Stuttgart und der Flughafen schneller und bequemer zu erreichen sein. Aufgrund der verbesserten Erreichbarkeit vieler Regionen durch Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm wird ein dauerhafter Wertschöpfungszuwachs von landesweit rund 500 Millionen Euro pro Jahr prognostiziert.

Die GRÜNEN lehnen Stuttgart 21 und die Schnellfahrstrecke „Wendlingen – Ulm“ in ihrer derzeitigen Planung ab. Wir wollen eine Volksabstimmung über die Beteiligung des Landes an Stuttgart 21 einleiten. Bis zu deren Ergebnis muss ein Baustopp gelten. Grundsätzlich halten die GRÜNEN es für geboten, die Bevölkerung bei größeren Infrastrukturmaßnahmen frühzeitig in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

DIE LINKE setzt sich unverändert dafür ein, dass das Projekt gestoppt wird. Solange die Bahninfrastruktur in ganz Deutschland derart abgewirtschaftet ist (wie sich das in diesem Winter wieder einmal mehr gezeigt hat), besteht der Vorrang in der Sanierung des vielerorts maroden Gleis- und Zugmaterials sowie in einer befriedigenden Ausgestaltung des Bahnverkehrs in der Fläche.

Die Milliarden Euro, die das Projekt Stuttgart 21 verschlingen würde, fehlen zwangsläufig bei anderen viel sinnvolleren Verkehrsprojekten in ganz Baden-Württemberg. Stuttgart 21 wurde auch nicht „demokratisch beschlossen“. Vielmehr wurden Verträge wider Treu und Glauben unterzeichnet. Die Verhinderung eines Bürgerentscheids mit fragwürdigen juristischen Winkelzügen hat der demokratischen Kultur schweren Schaden zugefügt. DIE LINKE fordert den sofortigen Baustopp, bis ein Volksentscheid stattgefunden hat. Beim Volksentscheid wird sich DIE LINKE konsequent dafür aussprechen, auf dieses unsinnige Milliardenprojekt zu verzichten und die Gelder lieber für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in ganz Baden-Württemberg einzusetzen.

Welche Maßnahmen werden Sie und Ihre Partei am dringlichsten verfolgen, um die Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen in Baden-Württemberg zu sichern?

CDU

Wir wollen, dass Baden-Württemberg seinen Kindern auch in den kommenden Jahren die besten Lebensbedingungen und die meisten Perspektiven bietet. Deshalb arbeiten wir in der CDU weiter für unsere Ziele:

- für eine starke Wirtschaft und sichere, attraktive Arbeitsplätze in Baden-Württemberg: Wir setzen gezielt auf die Wachstumsbranchen der Zukunft und sorgen so dafür, dass Wertschöpfung und Chancen im Land bleiben;
- für beste Bildungschancen für alle: Wir machen Baden-Württemberg noch stärker zum Land der Bildungsaufsteiger und sorgen dafür, dass jedes Kind seinen Bildungsweg erfolgreich gehen kann;
- für Forschungsstärke und Innovationskraft: Wir stehen für Exzellenz in Forschung, Wissenschaft und Hochschule, damit sich kluge Köpfe in Baden-Württemberg wohl fühlen;
- für eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur: Wir wollen, dass die Menschen im Land von guten Verkehrswegen, einer verlässlichen Energieversorgung und schnellen Datenverbindungen profitieren;
- für einen fairen Ausgleich zwischen Stadt und Land: Wir sind die Partei des Ländlichen Raumes;
- für solide Staatskassen: Wir kehren schnellstmöglich zurück zu einem Landeshaushalt ohne neue Schulden, damit auch künftige Generationen ihre Chancen nutzen können;
- für Recht und Sicherheit, auf die sich alle Bürger verlassen können;

→ für ein lebendiges Miteinander: für den Zusammenhalt von Alt und Jung, für gelingende Integration nach klaren Regeln, für ein menschliches und engagiertes Baden-Württemberg.

Für uns zählt jeder Einzelne mit seinen persönlichen Begabungen, Erwartungen und Zielen. Wir wollen, dass jede Baden-Würtembergerin und jeder Baden-Würtemberger auch in den kommenden Jahren die reichen Chancen nutzen und verwirklichen kann, die dieses Land eröffnet – an allen Stationen des Lebens und mit allen Möglichkeiten. Unser Angebot und unsere Verpflichtung für Baden-Württemberg heißt: Chancen ergreifen, Wohlstand sichern.

SPD

Hierzu gehören für uns die Abschaltung der Atomkraftwerke und der Ausbau der Erneuerbaren Energien, vor allem der Windkraft. Zur Nachhaltigkeit gehört aber auch eine ernsthafte Reduzierung der Staatsschulden, damit unsere nachfolgenden Generationen nicht an Zinszahlungen ersticken.

Unter Nachhaltigkeit verstehen wir aber auch, das Thema selbst als umfassenden Bildungsauftrag in der Schule zu verstehen und ihm in allen Bildungseinrichtungen einen zentralen Stellenwert zu geben. In diesem Zusammenhang ist es der SPD wichtig, die von den Vereinten Nationen ausgerufene Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) noch stärker in den Fokus zu rücken, deren Ziel es ist, die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung in den nationalen Bildungssystemen zu verankern und das öffentliche Bewusstsein für das Thema zu fördern. Aus

Sicht der SPD müssen anstelle einer Vielzahl von Einzelprojekten endlich eine Gesamtstrategie entwickelt, Kursänderungen vorgenommen, Angebote ausgeweitet und Handlungsstrategien neu definiert werden.

(vgl. Antrag der SPD Landtagsfraktion, Drucksache 14/5529 „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Umsetzung des Aktionsplanes für die UN-Dekade 2005 bis 2014 in Baden-Württemberg“).



Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen. Deshalb ist die bereits schon mehrfach erwähnte Haushaltskonsolidierung und das Ziel der Neuverschuldung Null eine der wesentlichen Voraussetzungen, um die Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen in Baden-Württemberg zu sichern.

Weiterhin verstärkte Investitionen in Bildung tätigen eine weitere. Die hohe Priorität, die der Bildungspolitik unter allen landespolitischen Handlungsfeldern zukommt, wurde schon im Jahr 2007 verabschiedeten Nachtragshaushalt deutlich. So standen im Etat des Kultusministeriums für das Jahr 2008 zusätzlich 48 Mio. Euro zur Verfügung. Im Jahr 2008 brachte dann die Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP die „Qualitäts-offensive Bildung“ auf den Weg, die eine Aufstockung der Bildungsausgaben um 528 Mio. Euro bedeutet. Der Haushalt des Kultusministeriums umfasst nun für die Jahre 2010 und 2011 jeweils rund 8,1 Mrd. Euro.

Weiterhin in Forschung und Lehre investieren. Das Wissen in den Köpfen der Menschen ist der Rohstoff unseres Landes, in dieses Wissen verstärkt weiter zu investieren ist unser Ziel. Angesichts der großen Bedeutung des Mittelstands für die Entwicklung des Landes Baden-Württemberg und für die

künftigen Generationen werden wir auch weiterhin den Mittelstand unterstützen. Auf Initiative des FDP/DVP wurde bereits im Jahr 2007 ein Zukunftsprogramm Mittelstand entwickelt. Im Jahr 2009 erfolgten wichtige Fortschreibungen. Das Programm zielt darauf ab, kleine und mittlere Unternehmen aus Industrie, Dienstleistungen, Handwerk, Handel und Freien Berufe bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise zu unterstützen sowie ihre Innovations- und Zukunftsfähigkeit nachhaltig zu sichern.

Eine unternehmensfreundliche Steuerpolitik, Mittelstandsfinanzierung, Innovationspolitik, Förderpolitik zur Krisenberatung, vereinfachte Vergabe öffentlicher Aufträge, Aus- und Weiterbildung und erneuerbare Energien und Energieeffizienz seien in aller Kürze als Eckpunkte dieses Programms genannt.



Wir GRÜNEN haben uns dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung verschrieben. Das heißt, dass wir alle unsere Bedürfnisse so befriedigen, dass wir dadurch nicht die Lebenschancen künftiger Generationen beeinträchtigen. Dies erfordert vor allem, eine intakte Umwelt zu erhalten, eine hinreichend wirtschaftliche Lebensgrundlage und Beschäftigung zu schaffen, knappe Ressourcen zu schonen, einen angemessenen Lebensstil zu entwickeln und technische Innovationen zu fördern, die den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden.

Um diese Ziele zu erreichen, wird eine Vielzahl verschiedener Instrumente benötigt. Besonders in der Finanz- und Wirtschaftskrise, die aus unserer Sicht noch lange nicht überwunden ist, brauchen wir einen Green New Deal, eine ökologisch und sozial motivierte Finanzreform, die dazu beitragen kann, Um-

weltbelastungen zu vermindern, nachhaltiges Wirtschaften zu fördern, Ressourcen zu sparen und innovative Produkte und Produktionsprozesse sowie nachhaltige Lebensstile zu unterstützen.

Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich nur in einer lebendigen Demokratie verwirklichen. Diese wollen wir bürgernah gestalten, damit wir auch noch übermorgen saubere Luft zum Atmen (Minderung der CO₂-Emissionen), unbelastetes Wasser zum Trinken, heimisches Essen von unseren Weiden und regionalen ProduzentInnen (Ausbau Biolandbau, keine Gentechnik auf dem Acker) und Energie aus erneuerbaren Quellen haben.

Wir definieren Wachstum und Wohlstand einer Region nicht allein (wie bisher) über das Bruttoinlandsprodukt (BIP), sondern wollen es durch soziale und ökologische Indikatoren ergänzen. Eine intakte Umwelt und der Schutz vor den Gefahren des Klimawandels ist für den Wohlstand einer Region, der EU und global gesehen genauso wichtig wie ökonomische Erfolge.

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

DIE LINKE wird sich im Landtag für mehr demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung einsetzen, also für eine Ergänzung des Parlamentarismus durch Formen direkter Demokratie wie z.B. Volksentscheide oder die Erleichterung von Bürgerbegehren. DIE LINKE steht für eine solidarische Gesellschaft. Wir wollen jedem Menschen ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit ermöglichen. Die Reichen müssen sich deshalb wieder stärker am Gemeinwohl beteiligen. Eine Verbesserung des Bildungssystems und die rasche Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien stehen für uns ebenfalls an erster Stelle.

Unser Vorteil: Wir sind eine junge, unverbrauchte Partei und treten erstmals bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg an. Wir können frischen Wind in die verkrusteten Strukturen des Landes bringen. 57 Jahre CDU-Herrschaft in Baden-Württemberg sind genug, die Mappus-Regierung kann abgewählt werden.

Und die Chancen für einen echten Politikwechsel sind gut, denn die Menschen in Baden-Württemberg sind selbstbewusster geworden. Wenn DIE LINKE die Fünf-Prozent-Hürde überspringt und in den Landtag einzieht, wird es mit Sicherheit keine schwarzgelbe Mehrheit mehr geben. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.





ARBEITSGEMEINSCHAFT
JUGENDFREIZEITSTÄTTEN
Baden-Württemberg e.V.

landesjugendring

baden-württemberg e.v.

*entdecke
was geht*

